

# IZA in the Press and in the Public



In the course of the report period, IZA activities received considerable coverage in the press. While at first the foundation of IZA and its main research areas were at the center of attention, the focus of reports and interviews soon shifted to IZA's contributions to the "Future of Labor" and the institute's position on current labor market issues. IZA analyses and research findings have been presented in Germany's major daily newspapers. In addition to press statements that are directly submitted to the media, IZA Director Klaus F. Zimmermann has been a frequent guest commentator in newspapers and magazines.

IZA's bilingual homepage is visited frequently. It provides all relevant information concerning the Institute, its staff, its research program and present research findings. Corresponding to the internationality of IZA activities, the Internet audience is also very international. Numerous readers from Germany and abroad request IZA's free publications, in particular current discussion papers.

IZA's public relations activities are part of its objective to make research findings and labor policy concepts accessible to a wider public. This task requires regular contact with media representatives, preparation of interviews, placement of commentaries, and adequate editing of scientific results for the press, as well as organizing public events and handling all kinds of requests.

In 1999, IZA responded to the general demand for information by extending its range of services. The newsletter "IZA Compact", published in German and English, provides facts and opinions on labor market research and policy. "IZA Compact" is well received and distributed worldwide. It is also accessible on the institute's homepage. In addition, IZA distributes an electronic email newsletter with important information on IZA events.

# IZA in the Press and in the Public

## Chronology of Selected Press Publications and Interviews

### 2001

---

“Schröder läßt grundlegende Reform der Arbeitsmarktpolitik vorbereiten”, in: **Berliner Zeitung**, 12-19-2001 (including a reference on the work of IZA)

“Schily macht Opposition Zugeständnisse. Änderung des Gesetzes zur Zuwanderung - IZA legt Auktionsmodell für befristete Fachkräfte-Migration vor”, in: **Financial Times Deutschland**, 12-11-2001 (article on the IZA study “Arbeitskräftemangel bei hoher Arbeitslosigkeit”)

“Zuwanderungsgesetz soll verschärft werden - IZA fordert Auktion von Green Cards”, in: **Handelsblatt**, 12-11-2001 (article on the IZA study “Arbeitskräftemangel bei hoher Arbeitslosigkeit”)

“Zuwanderung: Betriebe sollen Lizenzen kaufen. Institut warnt vor Scheitern des Regierungs-Entwurfs”, in: **Berliner Zeitung**, 12-11-2001 (article on the IZA study “Arbeitskräftemangel bei hoher Arbeitslosigkeit”)

“Zuwanderung mit Lizenzen steuern”, in: **Süddeutsche Zeitung**, 12-11-2001 (article on the IZA study “Arbeitskräftemangel bei hoher Arbeitslosigkeit”)

“Bedarf für 700.000 Ausländer”, in: **SPIEGEL**, 12-10-2001 (article on the IZA study “Arbeitskräftemangel bei hoher Arbeitslosigkeit”)

“Höhere Löhne wirken nicht konjunkturbelebend”, in: **Handelsblatt**, 12-10-2001 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Ökonomen unterstützen Schilys Entwurf”, in: **Welt am Sonntag**, 12-9-2001 (article on the IZA study “Arbeitskräftemangel bei hoher Arbeitslosigkeit”)

“Ökonomen attackieren Schily-Entwurf”, in: **Handelsblatt**, 12-6-2001 (including an opinion by Klaus F. Zimmermann)

“Dem Niedriglohn-Sektor auf die Sprünge helfen”, in: **Berliner Zeitung**, 11-15-2001 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Kritischer Partner: das Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA)”, in: **forsch - Bonner Universitäts-Nachrichten**, 11/2001 (article on the work of IZA)

“Höchste Zeit für vorsorgende Arbeitsmarktpolitik”, in: **Süddeutsche Zeitung**, 11-6-2001 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Auswege aus der Arbeitsmarktmisere”, live interview, **Hessischer Rundfunk**, 11-6-2001 (Hilmar Schneider)

“Mit Niedriglöhnen aus der Beschäftigungskrise?”, interview, **ZDF wiso-magazin**, 11-5-2001 (Hilmar Schneider)

“Arbeitsämter nutzen neue Freiräume kaum”, in: **Handelsblatt**, 11-2/3-2001 (including an opinion by Hilmar Schneider)

“Bildung lohnt sich nicht genug”, in: **Financial Times Deutschland**, 11-1-2001 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Der Kampf gegen den Terror birgt Chancen für die Weltwirtschaft”, in: **Handelsblatt**, 10-26/27-2001 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Trotz Terrorgefahr - das Zuwanderungsgesetz duldet keinen Aufschub”, in: **Berliner Zeitung**, 10-6/7-2001 (op-ed piece by Holger Hinte/Klaus F. Zimmermann)

“Mehr Beschäftigung ist die bessere Sozialpolitik”, in: **Super-illu**, 9-13-2001 (op-ed piece by Hilmar Schneider)

“Jobs in Gefahr - Was mich stark macht”, in: **BIZZ**, 10/2001 (including an opinion by Hilmar Schneider)

## „Zuwanderung mit Lizenzen steuern“

Berlin (AP) - In der Einwanderungsdebatte hat das Bonner Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) vorgeschlagen, Lizenzen für die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zu versteigern. Damit sollten bis zu 30 000 offene Stellen in Branchen mit Arbeitskräftemangel befristet mit Zuwanderern besetzt werden. Insgesamt schätzt das Institut den Bedarf an Einwanderern auf 700 000 bis 800 000 pro Jahr, bei einer gleichzeitigen Abwanderung von 500 000. Den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung der Einwanderung kritisierte IZA-Direktor Klaus Zimmermann als unzureichend. „Begrenzung“ werde darin noch zu groß geschrieben, „Öffnung“ zu klein. Der Regierungsentwurf bleibe deutlich hinter dem zurück, was die Zuwanderungskommission unter Leitung der CDU-Politikerin Rita Süssmuth gefordert habe. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt machte sich für eine schnelle Einigung der Parteien in der Zuwanderungsdebatte stark. Die Positionen von Regierung und Opposition lägen eng beieinander, sagte Hundt der Berliner Morgenpost. Schärfster Gegner einer Zuwanderungsregelung ist der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber.

## Ökonomen unterstützen Schilys Entwurf

Berlin mw - Der Regierungsentwurf zur Zuwanderung von Bundesinnenminister Otto Schily findet den Beifall der Ökonomen: „Er nutzt den Spielraum zur vorsichtigen Öffnung eines Zuwanderungskanals zumindest ansatzweise aus und bringt deshalb einen erheblichen Fortschritt“, so Professor Klaus F. Zimmermann, Direktor des Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) gegenüber WELT am SONNTAG. Um den Bedarf am Arbeitsmarkt zu decken, hält das IZA eine Netto-Zuwanderung von 200 000 bis 300 000 Personen für geboten. Das IZA wird am Montag die Ergebnisse seiner Zuwanderungsstudie offiziell vorstellen.

Positiv bewerten die Ökonomen, dass mit dem geplanten Gesetz „erstmal eine Grundlage dafür geschaffen wird, Zuwanderung überhaupt quantitativ und qualitativ zu steuern“. Gleichzeitig warnt das IZA vor einem Scheitern des Gesetzentwurfes. Damit blieben nicht nur zahllose Arbeitsplätze weiter unbesetzt. Auch die Beschäftigungschancen im Umfeld dieser Jobs sinken: „Ein Scheitern des Gesetzentwurfes wäre ein

Schlag ins Kontor der Arbeitsmarktpolitik insgesamt“, so Zimmermann. Die Forscher erwarten nicht, dass das geplante Gesetz die Zahl der Zuwanderer erhöht.

Das IZA bemängelt an dem Entwurf, dass eine Chance für eine bessere Steuerung entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vertan wird: „Er schreibt Begrenzung zu groß, Öffnung aber noch zu klein“, sagte Zimmermann. Er bemängelte zudem, dass die Kosten für die geplanten Integrationskurse dem Steuerzahler aufgebürdet werden sollen. Sinnvoller sei eine ansehnliche Kostenbeteiligung der Zuwanderer beziehungsweise ihrer Arbeitgeber.

Nach Ansicht des IZA wäre es aber „absurd, allein auf Zuwanderung zu setzen“. Für „ebenso notwendig sind andere Maßnahmen wie eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und eine gezielte strukturelle Familienförderung“, so das IZA.

# IZA in the Press and in the Public

## Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Kritischer Partner: das Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA)

Die einen fühlen sich überlastet und verunsichert in ihrem Berufsalltag, die anderen haben gar keinen. Arbeitslosigkeit, Existenzängste wie auch Arbeitgeber setzen sich vielfach von Politik und Gesellschaft mitverstanden oder benachteiligt, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt nüchtern zu beurteilen und zukunftsfähige Ansätze aufzutragen, haben Wirtschaft und Wissenschaft 1998 mit der Gründung des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn gemeinsam Neuland betreten. Inzwischen ist das von der Deutsche Post-Stiftung geförderte und von einem der renommiertesten deutschen Nationalökonominnen geleitete IZA zu einer Top-Adresse der Arbeitsmarktforschung geworden. Und dies sowohl für internationale Experten als auch den akademischen Nachwuchs.

„Unser Arbeitsmarkt dreht sich im Uhrzeigersinn – zwischen den Qualifikationsstufen, die angesichts des einseitigen Fachkräftemangels leichten Jobs bedürfen, und der großen Gruppe von Geringsqualifizierten, deren Arbeitsplätze durch den Strukturwandel immer schlechter werden. Die Arbeitsmarktpolitik muss darauf mit einer Doppelstrategie reagieren“, so fällt IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann die Herausforderung zusammen, der sich die Politik, aber auch das IZA, gegenüberstellt.

Im Mittelpunkt der Arbeit des IZA stehen Grundlagenforschung und kritische Politikberatung. Lang ist der Katalog der Fragen und Probleme, mit denen sich das Institut befasst. Die Themen reichen von der Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte und dem Einfluss von Globalisierung und EU-Erweiterung bis hin zur Entwicklung der Arbeitsmärkte in den ehemaligen osteuropäischen Planwirtschaften. Ein besonderes Augenmerk gilt darüber hinaus der wissenschaftlichen Bewertung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Auf dem Prüfstand stehen insbesondere ausgewählte Programme wie die AStiB. Das IZA hat hierzu mit Jüngst eine vielfachste Untersuchung vorgelegt, die im Auftrag des Bundes-Fachausschusses entstanden ist. Solche Aufträge übernimmt das IZA, jedoch prinzipiell nur dann, wenn die Themen des Auftraggebers dem Wissenschaftsverständnis des Deutschen Post-Vereins der IZA in die komfortable Lage, sich nicht wie andere Forschungsinstitutionen regelmäßig um Aufträge bemühen zu müssen. Dies trägt wesentlich zur Unabhängigkeit des IZA bei.

Stark ist das IZA auch in der Migrationsforschung. Für die Zuwanderungskommission der Bundesregierung war-

den zuletzt der Fachkräftemangel mit den ökonomischen Notwendigkeiten an die Zuwanderungsgrenzen analysiert. Perspektiven der Immigrationsdiskussionen im Frühjahr 2001 auf Einladung des IZA erörterte Klaus F. Zimmermann öffentlich einen großen Fachkongress in Berlin. Praktisch zum 10. Jahrestag der deutschen Einheit wurde eine kritische Bilanz des beschriebenen Weges. Die Ursache lag nicht nur in der Marktwirtschaft selbst. Das IZA verfügt darüber hinaus über eine eigene Diskussions-Paper-Richt, die internationalen Anreizen genügt und mittlerweile über 300 Titel umfasst.

### Zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft

Von großer Bedeutung für die Thematik ist das Interaktion zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft – das IZA versucht sich daher nachdrücklich als Ort der Kommunikation und pflegt außerdem regelmäßige Kontakte. Direktor Klaus F. Zimmermann ist Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften der Universität Bonn, Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin und gleichzeitig Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) – aus dieser Konstellation ergeben sich viele fruchtvolle Anknüpfungspunkte.

Und was wäre ein zukunftsweisender Bereich ohne leistungsfähigen Nach-

wachst? Nicht nur durch die Teilnahme an internationalen Konferenzen, sondern auch inhaltlich arbeiten die IZA in Forschung und Lehrtätigkeit mit dem wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereich der Universität zusammen. Parallel zur Gründung des IZA wurde die „Bonn Graduate School of Economics (BGSE)“ im Lehrstuhl für die ökonomische Ökonometrie und Statistik im Bereich Ökonometrie und Statistik und gleichzeitig vom Sponsoring der Deutschen Post gefördert.



Ahrens, Referenten zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung“ begriff der Normandirektor der Deutsche Post World Net und IZA-Präsident Dr. Klaus Zimmermann das Engagement der Deutschen Post. Das IZA und BGSE. In zwei repräsentativen Gebäuden am Pflanzhof stehen dem IZA ausstehende Räumlichkeiten nicht nur für die inzwischen mehr als zwanzig Mitarbeiter zur Verfügung, sondern auch für die Durchbringung von Tagungen und zur Unterbringung von Gastwissenschaftlern. Modernste technische Ausstattung und eine umfangreiche Bibliothek sind selbstverständlich.

Was mehr über die Arbeit des IZA wissen möchten, kann über sein kontinuierlich steigendes Internet-Angebot alle wichtigen Publikationen abrufen. Einzelne Veranstaltungstermine sowie Interessenten-Links unter [www.iza.org](http://www.iza.org) 0190830

Fach von Millionen Deutsche sind momentan vertrieben. Über der ausgebildeten Kompetenzkräfte haben selbst die einzigen „Boombörsen“ zu bieten. FOTO: Ulf, B

**Forum: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit**

# Höchste Zeit für vorsorgende Arbeitsmarktpolitik

Stigmatisierung von Entlassenen verhindern / Solidarität und Flexibilität / Job-Aktiv-Gesetz als Chance

Von Klaus F. Zimmermann

**I**m vorigen Jahr hatte die vorzügliche Entwicklung der Weltwirtschaft, begleitet von kluger Steuer- und Lohnpolitik, einen günstigen makroökonomischen Rahmen für die nachhaltige Erholung am Arbeitsmarkt geschaffen. Doch es fehlte an gestalterischer Kraft und auch an Entschlossenheit zu flankierenden mikroökonomisch orientierten Reformen für mehr Flexibilität der Arbeitsmärkte. Welch große Chance verstritt wurde, zeigt sich heute, wo wieder eine Rezession droht und die Arbeitslosigkeit steigt. Angesichts der angeschlagenen Weltkonjunktur sind von einem strukturellen Umdenken keine raschen Wirkungen zu erwarten. Fatal wäre es allerdings, die Arbeitsmarktpolitik deshalb und wegen des nahen Bundestagswahlkampfes in den einseitigen Ruberstand zu versetzen.

## Sicherheitsbedürfnis wächst

Es sind nicht allein Rezessionsgefahren, die nach aktiven Handelns rufen. Als Folge des Terrors greift derzeit ein neues Sicherheitsbedürfnis um sich, das weit über den Bereich der Inneren Sicherheit hinausgeht. Flexibilität, das Zauberwort des letzten Jahrzehnts, gerät außer Mode. Dies ist nur eine Seite der Medaille, auf deren anderer das Wert Unsicherheit steht. Unsicherheit ist das Schwangrad der Eigeninitiative, doch als Tugend ist sie zuerst wenig gefragt. Sicherheit wird wieder groß geschrieben. Dazu kommen die bekannten Risiken einer alternden Gesellschaft. Altersde Arbeitsmärkte sind aber inelastischer und verstärken das Sicherheitsdenken. Darauf muss die Arbeitsmarktpolitik reagieren und durchsetzbar Unvereinbare möglich machen, nämlich Flexibilität und Sicherheit miteinander verbinden.

Hauptleidtragende der gegenwärtigen Konjunkturschwäche sind erneut die geringqualifizierten, deren Arbeitslosigkeitsrisiko weiter steigt. Ihr geringes Humankapital ist rasch entwertet, sie sind schneller demotiviert und oftmals

auch zu wenig flexibel, um sich neuen Chancen anzupassen. Zugleich wird von Seiten der Arbeitsmarktpolitik zu wenig getan, damit solche Chancen überhaupt entstehen. Rasch kippt der Dominanzsinn: Die Arbeitslosen werden stigmatisiert, hoch subventionierte Dauerarbeitslosigkeit mündet in Chancenlosigkeit und Sozialhilfebezug. Es ist höchste Zeit, hier einzugreifen – mit einer konsequente präventiven Arbeitsmarktpolitik.



Klaus F. Zimmermann.  
Foto: J. H. Darschinger

Ökonomisch betrachtet, entsteht Arbeitslosigkeit, wenn der Reallohn die Grenzproduktivität der Arbeit übersteigt, die Rechnung für den Unternehmer also nicht aufgeht. Dauerhaft kann die Lösung nur von einer produktiven, kraftvollen Wirtschaft kommen, die Nachfrage nach Arbeit schafft. Die Möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik sind begrenzt. Doch gerade deshalb müssen sie unterschiedener genutzt werden. Dabei muss die Rolle des Staates neu gedacht werden, ohne wie früher alles von ihm zu erwarten.

Erforderlich ist ein neues Verständnis von Arbeitsmarktpolitik, ein visionärer New Deal, der mit einem Bekenntnis zur Solidarität mit den Arbeitslosen beginnt, diese Solidarität aber auf ein modifi-

ziertes, stabileres Fundament gründet und endlich davon wegkommt, Arbeitslosigkeit hauptsächlich zu verwalten. Dauerhafte Solidarität kann es nur geben, wenn jemand zur Aufnahme von Arbeit bereit ist, notfalls um den ordnungspolitisch hässlichen Preis einer befristeten Lohnsubvention.

Präventive Arbeitsmarktpolitik kann an vielen Punkten ansetzen. Stichwort „Lebenslanges Lernen“. Dazu müssen sich die Hochschulen umfassend öffnen – sie haben sich bisher dieser Verantwortung entzogen. Ebenso wichtig ist die Stimulierung und Zertifizierung privatwirtschaftlich organisierter Weiterbildung. Die Tarifvertragsparteien sollten hier ihre Bemühungen vereinbaren, mit der Verzahnung von Arbeitskonten, Sabbatjahren und betrieblicher Weiterbildung Puffer zu stabilisieren. So kann Flexibilität auch einen qualifizierenden Beitrag für den Arbeitsmarkt erbringen.

Unternehmen könnten überdies im Falle betriebsbedingter, nicht durch den Arbeitnehmer zu verteidigender Kündigung dazu verpflichtet werden, schon vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses präventiv für den Arbeitnehmer tätig zu werden. Das wäre sinnvoller als ein Sozialplan, der nur den Weg in die Arbeitslosigkeit polstert. So könnte die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsamtes früher beginnen, private Vermittler eingeschaltet werden und modernisierende Stellen-, Bewerber- und Qualifizierungsbörsen von Firmenverbänden gegründet werden.

## Eigeninitiative gefördert

Natürlich müssen sich Betrieb und Arbeitsamt und private Vermittlern auf Problemgruppen konzentrieren. Es geht nicht um flächendeckende Hilfen und Schaffung von Vermittlungsmöglichkeiten. Die Gefahr, dass der Arbeitnehmer durch präventives Handeln noch früher stigmatisiert wird, lässt sich durch diskrete Förderung vermeiden. Die Eigeninitiative wird nicht gehindert, sondern unterstützt, wenn ein individuelles, überprüfbares Förderabkommen abgeschlos-

sen wird – ganz im Sinne des von der Bundesregierung propagierten „Förderung und Forderung“.

Die gegenwärtige Praxis, dass erst gehandelt wird, wenn der Arbeitnehmer arbeitslos geworden ist oder er bereits zu lange sein Glück versucht hat, vergeudet wertvolle Zeit, fördert die Stigmatisierung. Die Beratungen zum Job-Aktiv-Gesetz bieten eine erste Chance, Elemente einer präventiven Arbeitsmarktpolitik zu verwirklichen.

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

## Bildung lohnt sich nicht genug

Wegen sinkender Ausbildungsrenditen übersteigt die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften das Angebot

GASTBEITRAG

Von Klaus F. Zimmermann

Mit der Proklamation der „Deutschen Bildungskatastrophe“ löste der Philosoph und Pädagoge Georg Picht 1964 eine breite gesellschaftspolitische Diskussion aus, die schließlich zu umfassenden Bildungsreformen und damit einhergehend zu einer Ausweitung der Infrastruktur führte. In Zeiten großer ökonomischer Prosperität brach das Land zu neuen Bildungsufern auf, wobei der „Kasapper“ wehende Faktor der Niedrigqualifizierten durch das Gastarbeiterprogramm sichergestellt wurde.

### Qualifikationsanforderung steigt

Heute stellt sich vieles anders dar. Eine Tendenz zur Polarisierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist unverkennbar. Der Trend zu steigenden Qualifikationsanforderungen ist deutlich ausgeprägt und wird weiter anhalten. Das macht die Hochqualifizierten zu Gewinnern. Die Geringqualifizierten und Ungelernten dagegen sind die Verlierer – als Arbeitslose erfahren sie zudem schwindende Chancen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Während etwa bei den Höherqualifizierten keine Besorgnis erregend hohe Arbeitslosigkeit zu erkennen ist, stellt sich die Lage für die Geringqualifizierten dramatisch dar – vor allem in Ostdeutschland. Hier

sind zurzeit etwa die Hälfte der Ungelernten arbeitslos, in Westdeutschland ist das immer noch jeder fünfte.

Es sind dabei keineswegs nur ältere Geringqualifizierte, die auf diese Weise Gefahr laufen, unweidmählich aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt zu werden. In großem Umfang trifft dieses Schicksal auch junge Ungelernte. Unser Schul- und Ausbildungssystem entlässt schlicht zu viele Menschen ohne qualifizierten Abschluss in die Informationsgesellschaft. Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss und Ausbildungsabbrecher ist bei weitem so hoch. Zurzeit verlässt jeder siebte Jugendliche unser Ausbildungssystem ohne Abschluss – hier tickt eine Zeitbombe mit ganz erheblicher Sprengkraft.

Kurz: Die Qualifikationsanforderungen in der globalen Wirtschaft sind im Wachsen begriffen, das ist schwer zu bestreiten. Gleichzeitig droht ein Schwächeanfall unseres Bildungs- und Ausbildungssystems. Dazu ist es nicht einmal nötig, auf die steigende Zahl nationaler und internationaler Stimmen zu verweisen, die seine stagnierende oder abnehmende Qualität der Arbeitnehmerqualifikation monieren.

Bereits ein Blick auf die Entwicklung des Anteils der Menschen ohne Berufsabschluss und dem Akademikanteil in der jüngeren Generation am Arbeitsmarkt zeigt ein klares, wenn auch erschreckendes Bild. Die Geschichte der Bildungsexpansion mit einer zunächst massiven Ausweitung des Humankapitals in Deutschland ist inzwischen abgebrochen. Seit dem Ende der 80er Jahre stagniert der Rückgang des Anteils der Geringqualifizierten, seit Ende der 90er stagniert auch der Zuwachs an Akademikern.

Noch bedrohlicher aber: Schreibt man die sich abzeichnenden Trends fort, so steigt in den nächsten Jahrzehnten der Anteil der Menschen ohne Berufsabschlüsse erneut und bedenklich an, der Akademikanteil dagegen sinkt.

Dazu kommt eine fragwürdige Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Diese hat dazu geführt, dass die Kinder der Gastarbeitergeneration nur unzureichend ausgebildet sind. Trotz großer Zuwanderungsströme haben ökonomische Kriterien seit Beendigung der Gastarbeiterpolitik Anfang der 70er Jahre kaum mehr eine Rolle in der deutschen Zuwanderungs- und Integrationspolitik gespielt.

Angesichts der prognostizierten weiteren Strukturverschiebungen in der Arbeitsnachfrage zu Gunsten qualifizierter Arbeitnehmer deuten sich hier für die Zukunft bedrohliche Entwicklungen an. Geschähe nichts, so wird sich die Spaltung des Arbeitsmarktes weiter vertiefen: Die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitnehmern steigt, während das Angebot nicht entsprechend wächst.

### Märkte funktionieren nicht

Die Erklärung dafür ist komplex: Da in den vergangenen Jahrzehnten die Ausbildungsrenditen relativ stabil geblieben sind, scheinen die Märkte nicht hinreichend zu funktionieren. Offensichtlich sind nicht nur die Löhne nach unten inflexibel, sie sind es auch nach oben. Und weil sich Bildung nicht genug rentiert, investieren die Menschen zu wenig in ihre Ausbildung.

Doch in der globalisierten Wirtschaft kann sich niemand dem internationalen Wettbewerb entziehen. Klar ist, dass eine Flexibilisierung verkrusteter Bildungsstrukturen, eine Verstärkung der Ausbildungszeiten, ein nationales Weiterbildungskonzept für lebenslanges Lernen und eine Stärkung der Internationalisierung dringend geboten sind. Doch wie die obigen Überlegungen zeigen, reicht es nicht aus, nur die Angebotsbedingungen der Ausbildung zu verbessern: Wer die Lohnspreizung fordert, muss auch akzeptieren, dass sich Ausbildungsanstrengungen mehr lohnen.



Klaus F. Zimmermann ist Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

“(Patent-)Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit”, interview,  
**SWR 1 – Arbeitsplatz**, 9-8-2001 (*Hilmar Schneider*)

“Notre politique de l’emploi date des années 60 – Klaus F. Zimmermann se montre pessimiste sur l’évolution du chômage dans son pays”, in:  
**Liberation**, 9-6-2001 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Aktive Arbeitsmarktpolitik – süßes Gift”, in: **FAZ.NET**, 9-6-2001  
 (*commentary on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”*)

“Lohnsubventionen sind kein Allheilmittel”, in: **FAZ.NET**, 9-6-2001  
 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Faulenzer oder faules System?“, in: **Vorwärts**, September 2001  
 (*including an opinion by Hilmar Schneider*)

“VW-Modell – ein Muster für den deutschen Arbeitsmarkt?“, in: **RTL Nachrichten/Nachtmagazin**, 8-28-2001 (*including an interview with Hilmar Schneider*)

“Ist das VW-Modell ein Rezept für den Arbeitsmarkt?“, in:  
**N24 Nachrichten**, (*including an interview with Hilmar Schneider*)

“Arbeitsmarkt: Populismus ohne Konzept“, in: **FOCUS-Money**, 8-21-2001  
 (*including an opinion by Hilmar Schneider*)

“Keine Politik der harten Hand“, in: **Kölnische Rundschau**, 8-21-2001  
 (*interview with Hilmar Schneider*)

“Nicht in Abschwung hineinsparen“, in: **FOCUS**, 8-20-2001 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Erwerbslosigkeit steigt weiter. Jagoda: Beitragssenkung chancenlos“, in:  
**Süddeutsche Zeitung**, 8-8-2001 (*including an opinion by Hilmar Schneider*)

“Mitreißender Abschwung. Die Kündigungswelle am deutschen Arbeitsmarkt ist mit weiteren Flexibilisierungen allein nicht zu bremsen“, in: **Financial Times Deutschland**, 8-8-2001 (*including an opinion by Hilmar Schneider*)

“Ablenkung aus der Mottenkiste“, in: **Berliner Zeitung**, 8-6-2001  
 (*op-ed piece by Klaus F. Zimmermann*)

“Arbeitslose: Grüne Unruheherd“, in: **FOCUS**, 7-30-2001 (*including an article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”*)

“Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung sind wirkungslos“, in: **Die Welt**, 7-26-2001 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“ABM auf der Abschußliste“, in: **Neue Ruhr Zeitung**, 7-25-2001  
 (*article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”*)

“Forscher plädieren für Lohnsubventionen“, in: **Frankfurter Rundschau**, 7-25-2001 (*article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”*)

“Studie zieht Negativbilanz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – Wissenschaftler fordern Kurskorrektur von der Regierung“, in: **Kieler Nachrichten**, 7-25-2001 (*article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”*)

“Arbeitsmarktpolitik unter Beschuß“, in: **Tagesspiegel**, 7-25-2001 (*including an article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”*)

“Talente an der Leine“, in: **Vis-A-Vis-Magazin**, 4/2001 (*including an opinion by Klaus F. Zimmermann*)

“Wir brauchen ganz viele Pilotprojekte“, in: **General-Anzeiger**, 7-25-2001  
 (*article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”*)

“Job-Aktiv-Gesetz verspricht wenig Aussicht auf Erfolg“, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 7-25-2001 (*article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”*)



# IZA in the Press and in the Public

“Lohnsubventionen statt Arbeitsbeschaffung”, in: **Financial Times Deutschland**, 7-25-2001 (article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”)

“Heftige Kritik an Riesters Reformplänen”, in: **Berliner Zeitung**, 7-25-2001 (article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”)

“Studie unterstützt Kritik der Grünen an ABM-Jobs”, in: **Handelsblatt**, 7-25-2001 (article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”)

“Kritik an Arbeitsmarktpolitik”, in: **ARD-Tagesschau**, 7-24-2001 (article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”)

“Institute: Arbeitsmarktreform würde Job-Bilanz entscheidend verbessern”, in: **Berliner Zeitung**, 7-24-2001 (article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”)

“Da sind finstere Mächte am Werk”, in: **Der Spiegel**, 7-23-2001 (including an opinion by Klaus F. Zimmermann on the reform of the system of health insurance)

“Aus Arbeitnehmern werden Wissensunternehmer”, in: **Die Sparkassen-Zeitung**, 7-20-2001 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Jobs statt Flops”, in: **Rheinischer Merkur**, 7-19-2001 (op-ed piece by Hilmar Schneider)

“Liberalisierung auf Probe – Überfällige Lockerung des Ladenschlusses”, in: **Berliner Zeitung**, 7-16-2001 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Regierungs-Gutachten entfacht Debatte über Arbeitsmarktpolitik”, in: **Berliner Zeitung**, 7-3-2001 (article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”)

“Andere sind gründlicher – Klaus F. Zimmermann rät zu Lohnsubventionen”, in: **Berliner Zeitung**, 7-2-2001 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Munition aus den USA”, in: **Berliner Zeitung**, 7-2-2001 (article on the IZA study “Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik”)

“Deutschland braucht eine verlässliche Migrationspolitik”, in: **Handelsblatt**, 6-28-2001 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Arbeitsmarkt: Milliardenausgaben ohne wirkliche Kontrolle”, in: **VDI Nachrichten**, 6-15-2001 (op-ed piece by Hilmar Schneider)

“Keine Integration ohne Deutschkenntnisse?“, in: **Berliner Zeitung**, 6-11-2001 (op-ed piece by Holger Hinte/Klaus F. Zimmermann)

“Lizenzen für die Zuwanderung“, in: **Berliner Zeitung**, 6-5-2001 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Ein Plädoyer für die Freizügigkeit“, in: **VBKI-Spiegel**, Juni 2001 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“The right to choose for individuals“, in: **European pensions news**, 5-28-2001 (article on the IZA conference “Pension Reform and Labor Market”)

“Die private Vorsorge geht nicht weit genug“, in: **Tagesspiegel**, 5-22-2001 (article on the IZA conference “Pension Reform and Labor Markets”)

“Experten halten Sparquote zur Alterssicherung für zu gering“, in: **Financial Times Deutschland**, 5-22-2001 (article on the IZA conference “Pension Reform and Labor Markets”)

“Nobelpreisträger kritisiert Rentenreform“, in: **Handelsblatt**, 5-22-2001 (article on the IZA conference “Pension Reform and Labor Markets”)

“Modigliani vergleiche Riesters Privatrente mit einer Lotterie“, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 5-22-2001 (article on the IZA conference “Pension Reform and Labor Markets”)

“Ökonomen fordern längere Lebensarbeitszeit“, in: **Die Welt**, 5-22-2001 (article on the IZA conference “Pension Reform and Labor Markets”)

ARBEITSMARKT / Experten schlagen vor, staatliche Beschäftigungswachstumsziele abzubauen und stattdessen staatlichen Lohnsubventionen

# Jobs statt Flops

Eine Studie des Auftraggebers für Konjunkturfragen, dem Walter Koster leitet die WIFO als die am 24. Juli veröffentlicht wurden.

## WIKAR SCHREIBER

Die Tatsache, dass es nicht das positive Arbeitsmarktwachstum der letzten Jahre weiter oben steht, sagt etwas über die Situation in der Politik. Der Bundesrat hat die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2004 auf 3,3 Millionen festgesetzt, im Gegensatz der Regierung, die 3,1 Millionen prognostiziert.

Es ist nicht die erste Mal, wenn sich eine Regierung in eine solche Situation verwickelt. In der letzten Wahlperiode wurde die Arbeitslosenquote als Indikator des Arbeitsmarktes verwendet. Wie aus dem Bericht der Bundesregierung zu sehen ist, wurde die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2004 auf 3,3 Millionen festgesetzt, im Gegensatz der Regierung, die 3,1 Millionen prognostiziert.

Warum das so ist, dafür kann sich niemand erklären. Es ist ein Widerspruch, dass die Bundesregierung die Arbeitslosenquote als Indikator des Arbeitsmarktes verwendet, während sie gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2004 auf 3,3 Millionen festsetzt, im Gegensatz der Regierung, die 3,1 Millionen prognostiziert.

Prognose werden die letzten Jahre unter anderem durch die steigende Arbeitslosenquote und die geringe Produktivität der Unternehmen. Die Arbeitslosenquote wird durch die steigende Arbeitslosenquote in der Wirtschaft als ein wichtiger Indikator angesehen. Die Unternehmen der Wirtschaft haben in diesem Jahr die Produktion in Deutschland und der Schweiz und landwirtschaftliche Produktionen nicht so gut gelaufen.

Die Arbeitslosenquote ist ein wichtiger Indikator für die Wirtschaft. Die Arbeitslosenquote ist ein wichtiger Indikator für die Wirtschaft. Die Arbeitslosenquote ist ein wichtiger Indikator für die Wirtschaft.

Es ist ein Widerspruch, dass die Bundesregierung die Arbeitslosenquote als Indikator des Arbeitsmarktes verwendet, während sie gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2004 auf 3,3 Millionen festsetzt, im Gegensatz der Regierung, die 3,1 Millionen prognostiziert.

## ERLEBNISSE VON ALTAG

Ob jemand in einem Unternehmen im Ausland eine gute Karriere machen kann, hängt von der Branche und dem Unternehmen ab. Die Arbeitslosenquote ist ein wichtiger Indikator für die Wirtschaft.



PROTEST: Der Druck auf die Bundesregierung wächst.

Es ist ein Widerspruch, dass die Bundesregierung die Arbeitslosenquote als Indikator des Arbeitsmarktes verwendet, während sie gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2004 auf 3,3 Millionen festsetzt, im Gegensatz der Regierung, die 3,1 Millionen prognostiziert.

Es ist ein Widerspruch, dass die Bundesregierung die Arbeitslosenquote als Indikator des Arbeitsmarktes verwendet, während sie gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2004 auf 3,3 Millionen festsetzt, im Gegensatz der Regierung, die 3,1 Millionen prognostiziert.

Es ist ein Widerspruch, dass die Bundesregierung die Arbeitslosenquote als Indikator des Arbeitsmarktes verwendet, während sie gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2004 auf 3,3 Millionen festsetzt, im Gegensatz der Regierung, die 3,1 Millionen prognostiziert.

Es ist ein Widerspruch, dass die Bundesregierung die Arbeitslosenquote als Indikator des Arbeitsmarktes verwendet, während sie gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2004 auf 3,3 Millionen festsetzt, im Gegensatz der Regierung, die 3,1 Millionen prognostiziert.

## Ökonomen zu Fragen der Zeit



Wichtigste Überforderung der Politikwissenschaftler ist die Frage, wie man die Arbeitslosenquote als Indikator des Arbeitsmarktes verwendet, während sie gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2004 auf 3,3 Millionen festsetzt, im Gegensatz der Regierung, die 3,1 Millionen prognostiziert.

# IZA in the Press and in the Public

## Regierungs-Gutachten entfacht Debatte über Arbeitsmarktpolitik

Auch SPD und Grüne für Umstellung von ABM auf Lohnsubventionen

von Thorsten Knorr

**B**ERLIN, 2. Juli. Die Vorschläge des Chefs der Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Klaus F. Zimmermann, zur Reform der Arbeitsmarktpolitik haben eine heftige Debatte unter Wirtschafts- und Sozialpolitikern aller Bundestag-Fraktionien ausgelöst. Dabei zeichnet sich eine große Zustimmung zur Forderung ab, die neuen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) rasch marktorientierter und stärkeren Anreiz auf Lohnsubventionen zu setzen. Zimmermann, der auch den Forschungsausschuss zur Zukunft der Arbeit (IZA) leitete, hat seine Vorschläge in einem IZA-Gutachten im Auftrag des Bundesfinanzministeriums unterbreitet.

Nach Ansicht des SPD-Wirtschaftsexperten Uwe Jans geht der Vorrat an Arbeitsstellen in die richtige Richtung, die heute sehr viel davon, Arbeitsplätze mit Hilfe von Lohnsubventionen in Arbeit zu bringen", sagte Jans. Gleichwohl wäre es politisch schwierig, von heute auf morgen die ABM-Mittel zu kappen. „Konkret ist das schwer machbar, langfristig ist das möglich", so Jans.

Dücker bereifet Job-Effekt

Auch die grüne Arbeitsmarktpolitik-Expertin Thina Dücker hält die Überlegungen im Grunde als richtig für geläufiger zu bezeichnen, dass eine Reduktion in Sachen ABM insbesondere im Osten „zu großen Verwerfungen" führen würde. Viel von dem, was Zimmermann an, vornehmlich durch eine Umstrukturierung der ABM-Mittel 200.000 neue Jobs schaffen ließe. „Das überzeugt mich sehr", sagte sie.

Nach Ansicht des FDP-Mitglieds Rainer Krücker ist die Ansicht der Gewerkschaften, dass die ABM-Mittel rasch auf ein Problemfeld angedacht sein, doch machen demgegenüber



Sorge für politischen Elend: DIW-Chef Klaus F. Zimmermann.

### Teures Instrument

Das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit hat in einem Gutachten empfohlen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zurückzuführen und verstärkt Lohnsubventionen zu setzen.

In der Arbeitsmarktpolitik spielt ABM heute eine zentrale, aber kostspielige Rolle. Im vergangenen Jahr gaben die Arbeitgeber dafür rund 7,2 Milliarden Euro aus.

Die Ausgaben für Lohnsubventionen nahmen sich im Vergleich dazu eher bescheiden aus.

Insbesondere in den neuen Ländern mittelständischen Firmen Konkurrenz. Außerdem gelte es, weniger ABM-Effekte der Förderung in dem ersten Arbeitsmarkt. Zwar seien auch Lohnsubventionen aus ordnungspolitischer Sicht nicht einwandfrei, doch würden sie die Chancen erheblich, Arbeitsplätze wieder zu finden zu bekommen. Solange der Anreiz von Arbeitsplätzen in vielen Fällen noch zu gering sind und die Lohnsubventionen ungenügend eingeklinkt wird, muss deshalb geteilt. Lieber Lohnsubventionen als ABM", sagte Krücker.

Der CDU-Mitgliedsexperte Gernot Ullrich regte an, Gelder, die durch den Verzicht auf ABM freigesetzt, nicht nur für Lohn-

subventionen, sondern auch auch zur Absenkung der Sozialabgabe einzusetzen. Darüber hinaus müsse auch Geld an die Kommunen fließen, damit diese Aufgaben, die bisher von ABM-Geldern erledigt wurden sind, an private Firmen vergeben können. Nach Ansicht Ullrich lassen sich die Ausgaben für ABM „unterhalb von vier Jahren deutlich zurückführen".

„Das sind Staatsverschwendung"

Häufige Kritik kann hingegen von FDP-Abgeordneten Klaus Grottel. Im Osten gebe es derzeit keine Alternative zu ABM. Ferner müsse man bedenken, dass in dem ostdeutschen Raum noch viele Pflichtaufgaben wie etwa die Schulreparatur, aber auch das zweite Arbeitsmarkt abgedeckt werden. Deshalb seien die Maßnahmen „Staatsverschwendung" und „schlichtförmig".

In der SPD von Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) sagte zu dem Gutachten, die Mittelkäufe zu dem Arbeitsmarkt sei viel besser und zielgerichteter als Profiteuren das Wissen. „Daher ist von der Regierung bei der Arbeitsmarktpolitik darauf, den Erwerbslosen einen passgenauen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ein Sprecher des Finanzministeriums erklärte, sein Haus habe das Arbeitsmarktpolitik vorab über das Gutachten in Kenntnis und aus der Expertise „konkrete politische Schlussfolgerungen" gezogen.

“Gefährlicher Mangel an Fachkräften”, in: **Berliner Zeitung**, 5-21-2001 (*op-ed piece by Klaus F. Zimmermann*)

“Zuwanderung à la carte”, in: **Rheinische Post**, 5-16-2001 (*including an opinion by Klaus F. Zimmermann*)

“Freizügigkeit für Arbeitnehmer – am besten sofort!”, in: **Süddeutsche Zeitung**, 5-15-2001 (*op-ed piece by Klaus F. Zimmermann*)

“Deutschlands Osten auf der Kippe – Noch mehr Milliarden für den Aufschwung?“, Talkshow **Ruge.neunzehnZehn, 3sat**, 5-6-2001 (*with Klaus F. Zimmermann*)

“Die Zukunft der Arbeit”, interview, **NDR – Markt im Dritten**, 5-1-2001 (*Klaus F. Zimmermann*)

“EU-Osterweiterung: Droht eine neue Völkerwanderung?“, in: **FAZ.NET**, 4-26-2001 (*including an opinion by Klaus F. Zimmermann*)

“Spiel mit Zahlen-Munition. Die Zuwanderungsdebatte mit umstrittenem Material neu angeheizt”, in: **Aachener Nachrichten**, 4-24-2001 (*including an opinion by Klaus F. Zimmermann*)

“Zimmermann warnt vor Panikmache”, in: **Berliner Zeitung**, 4-24-2001 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Europa droht keine Völkerwanderung”, in: **Handelsblatt**, 4-24-2001 (*including an opinion by Klaus F. Zimmermann*)

“Arbeitsmarkt: Viel Lärm ums Nichtstun”, in: **FOCUS**, 4-14-2001 (*including an opinion by Klaus F. Zimmermann*)

“Die Tarifföhne sind zu hoch”, in: **B.Z.**, 3-6-2001 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Wir müssen länger arbeiten”, in: **Hamburger Abendblatt**, 3-5-2001 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Mitbestimmung – Schluß mit der Gespensterdebatte”, in: **Berliner Zeitung**, 3-3/4-2001 (*op-ed piece by Klaus F. Zimmermann*)

“Inflationsangst ist nicht berechtigt”, in: **Handelsblatt**, 2-12-2001 (*op-ed piece by Klaus F. Zimmermann*)

“Globalisierung ist nicht das Ende von Staat und Beamtentum”, in: **Echo Öffentlicher Dienst**, Februar 2001 (*article on Klaus F. Zimmermann’s lecture before the Deutscher Beamtenbund – German Civil Service Federation*)

“ArbeitsmarktökonomInnen attackieren Bundesanstalt für Arbeit”, in: **Handelsblatt**, 1-23-2001 (*including an opinion by Klaus F. Zimmermann*)

“Langes Warten auf das Jobwunder”, in: **Rheinische Post**, 1-15-2001 (*talk with Klaus F. Zimmermann*)

“Generalist oder Spezialist” in: **FAZ Hochschul-Anzeiger**, 1/2001 (*including an opinion by Klaus F. Zimmermann*)

## 2000

“Was bringt das neue Teilzeitarbeitsgesetz?“, live interview, **WDR 2**, 12-2-2000 (*Klaus F. Zimmermann*)

“Die Ich-AG. Das Internet als Jobmaschine und Jobkiller”, in: **General-Anzeiger**, 12-12-2000 (*including an opinion by Rainer Winkelmann*)

“Nicht mies machen! Klaus Zimmermann nennt fünf gewichtige Gründe, das Bündnis für Arbeit nicht aufzugeben”, in: **Die Woche**, 12-7-2000 (*op-ed piece by von Klaus F. Zimmermann*)

“Integration verbessern”, in: **DAG Journal**, 12/2000 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Betriebe sollen Greencards ersteigern”, in: **Stuttgarter Zeitung**, 11-16-2000 (*Gespräch mit Klaus F. Zimmermann*)

# IZA in the Press and in the Public

DEBATTE

## Gefährlicher Mangel an Fachkräften

VON KLAUS F. ZIMMERMANN

Fachkräftemangel behindert unsere wirtschaftliche Entwicklung und verursacht Arbeitslosigkeit. Dabei steht die Mangelwirtschaft erst am Anfang, denn die brenzlige Situation wird sich allen Prognosen zufolge in den nächsten Jahrzehnten zunehmend verstärken. Da ist es problematisch, dass wir die Mobilität von Hochschulabsolventen wie anderer Fachkräfte so fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Es bleibt dabei einerlei, ob junge ostdeutsche Hochqualifizierte einen Arbeitsplatz im Westen suchen, deutsche Akademiker an die Forschungszentren im Ausland flüchten oder ausländische Experten ins Land geholt werden sollen. Gemeinsam ist diesen empirischen Beobachtungen auch, dass wir zu wenig über die Motivlage dieser Wanderungen wissen und ihre Größenordnungen anhand der amtlichen Statistik nur schwer nachzeichnen können.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hatte deshalb das Bonner IZA (Institut zur Zukunft der Arbeit) mit einer Studie über die „Internationale Mobilität hochqualifizierter Arbeitskräfte“ beauftragt, deren empirische Er-

gebnisse jetzt vorliegen. Dabei wurde mittels einer neuen Datenerhebung die deutsche Situation im Vergleich mit der in europäischen Partnerländern untersucht. Nur wenige deutsche Unternehmen beschäftigen ausländische Fachkräfte und ihr Anteil unter den Hochqualifizierten ist bei solchen Unternehmen klein, wenn auch merklich. Die Praxis des Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisrechts ist dabei immer noch eine wesentliche Bürde.

Die Globalisierung treibt die Erwartung bei den Unternehmen auf einen steigenden Fachkräftemangel. Die Befragung belegt aber auch, dass hochqualifizierte ausländische Mitarbeiter eine zentrale Rolle im internationalen Diffusionsprozess des Wissens spielen und dass sie die internationale Kompetenz der Unternehmen durch ihre Kenntnis von Sprachen und Absatzmärkten stärken. Hochkomplexe Neuerungen lassen sich am besten durch den Import von Humankapital transportieren. Deutschland hat dabei einen Anwerbevorteil bei osteuro-

päischen Experten.

Die Konsequenzen daraus sind einfach. Wir brauchen einen steigenden Anteil von ausländischen Hochqualifizierten im Land, um die Anforderungen der Globalisierung zu erfüllen. Dazu müssen insbesondere die Forschungsstätten gestärkt werden. Deutschland muss sich auf dem internationalen Arbeitsmarkt Reputation verschaffen. Es lohnt sich aber auch, deutsche Fachkräfte zur Weiterqualifikation ins Ausland zu schicken. Ihre Rückgewinnung ist letztlich einfacher als die dauerhafte Anbindung Nichtdeutscher.

Denn Migration ist keine Einbahnstraße. Arbeitsmigranten kehren letztlich überwiegend in ihr Heimatland zurück. Deshalb liegt eine völlige Freigabe der Arbeitserlaubnisse von ausländischen Hochschulabsolventen nahe.

Klaus F. Zimmermann ist Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).



SPAT/THOMAS SCHLIER

Klaus Zimmermann,  
Chef des DIW

**Forum: Zuwanderung aus Osteuropa**

## Freizügigkeit für Arbeitnehmer – am besten sofort!

Übergangsfristen würden dem Arbeitsmarkt nur schaden / Deutschland hat in Sachen Migration Standortvorteile

Von Klaus F. Zimmermann

Die geplante Erweiterung des Europäischen Unions stellt die Politik vor einem starken Anstieg der Zuwanderung nach Westeuropa und insbesondere nach Deutschland – mit erheblichen Konsequenzen für Arbeitsmarkt und Sozialsystem. Deshalb werden Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit von fünf bis sieben Jahren gefordert. Ist dies der richtige Weg?

Wissenschaftliche Prognosen belegen überzähligen, dass die Zuwanderung aus Osteuropa beträchtlich ist. Auch auf Grund der historischen Erfahrung ist eine Völkerverwanderung unumkehrbar. Vor allem höher qualifizierte Menschen werden aus Osteuropa kommen. Als klassische Arbeitsmigranten werden sie überwiegend nicht auf Dauer bei uns bleiben wollen, es wird vielmehr nach der Zeit nach eine kontinuierliche Rückwanderung geben. Entschieden ist deshalb nicht, ob 100.000 oder 100.000 Personen jährlich nach Deutschland kommen werden. Wesentlich ist vielmehr, wann sie kommen dürfen und welche Bedingungen sie dabei verdienen.

### Die Spitze des Eisberges

Der gegenwärtige Fachkräftemangel ist erst die Spitze des Eisberges. Schon bald werden Ausbildungs- und Arbeitsplätze für qualifiziertes Personal nur noch schwer zu besetzen sein. Dies ist Folge der demographischen Veränderungen und einer knappen Ausbildungspolitik. Unser Ausbildungsapparat kann

nicht von heute auf morgen auf die veränderten Gegebenheiten reagieren. Eine rasche Reaktion ist aber erforderlich, wenn wir international den Anschluss halten wollen. Nicht nur in Deutschland haben Fachkräfte. Der internationale Wettbewerb um die besten Köpfe beginnt gerade erst. Wenn wir jetzt nicht handeln, hat dies andere, nicht zuletzt die politischen Konsequenzen, die sich dann für die struktivsten Angebots anderer Staaten einstellen werden.

### Anpassungsprozesse

Nichtlich gibt es Anpassungsprozesse in Deutschland, aber sie finden nicht zwangsläufig statt, sie breiten die größten Beeinträchtigungen heraus – in Ostdeutschland. Arbeitsmigranten werden in prosperierende Zentren, werden sich also konzentrieren in den wirtschaftlichen Problemregionen nicht lösen. Anders ist dies höchstens in den ländlichen Grenzregionen zu Tschechien, wo das Lohngefälle größer und die Potenziale attraktiver als in Ostdeutschland sind.

Eine neue deutsche Zuwanderungspolitik ist nötig. Dabei werden insbesondere Nebenbedingungen erfüllt. Ein Umbau des Sozialstaats ist angebracht, er kann aber Zuwanderer, die sich ihre Einkünfte verdienen, nicht zu einem zweiten Klasse machen. Es wäre also falsch, diese Diskussionen im Hinblick auf eine Einlösung der Zuwanderung aus Osteuropa zu führen. Wir brauchen einen Fokus nur Freizügigkeit, der sich an den Interessen des heimischen Arbeitsmarktes orientiert. Dieses Interesse kann



Klaus F. Zimmermann hält nicht nur Übergangsfristen auf dem EU-Arbeitsmarkt. Foto: Hans-G. Oed 1997-Archiv

kann darin liegen, die Arbeitnehmerfreizügigkeit lange auszuhebeln. Vielen spricht dafür, sie von vornherein ohne Wenn und Aber zu gewähren. Eine mehr-

jährige Übergangsfrist würde bedeuten, dass die westeuropäischen Arbeitnehmer erst am Ende des laufenden Jahrzehnts geföhrt werden. Genau dann aber, das zeigen die demographischen Trends, wird Deutschland gar keinen Zuwanderungsbedarf haben. Erst am die Jahr 2010 wird sich der Anstieg des heimischen Erwerbspersonenpotenzials wieder dramatisch vergrößern.

Weitreich über eine berechenbare Zuwanderungspolitik nicht Verlagerungen des Erwerbspersonenpotenzials hinterlegen. Sinevill sind Vertiefung und gezielte Steuerung. Das kann letztlich nur ein zentralisierungsgezieltes Instrumentarium leisten. Im Falle der EU-Osterweiterung entfällt aber diese Steuerungsmöglichkeit. Wenn auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt wird. Es ist damit zu rechnen, dass dann eine massive, nicht steuerbare Zuwanderung von EU-Bürgern aus Osteuropa einsetzen wird. Nach einigen Jahren wird sie dann sehr stark zurückgehen. Unser Augenmerk muss deshalb dem richtigen Zeitpunkt der Diktatur der Freizügigkeit gelten.

Eine Übergangsfrist würde eine zusätzliche Zuwanderung bedingungslos kommen ist. Im Osten entstehen im Übrigen durch die EU-Erweiterung neue Absatzmärkte für Güter und Dienstleistungen.

Zuwanderer aus Osteuropa bringen Sprachkenntnisse und kulturelles Kapital mit. Beides wird benötigt, um auszunehmende Aktivitäten in diesem Märkten besser vorbereiten zu können. Wird Migration nicht nach zugelassen, dann könnten arbeitsintensive Produktionsformen vom Westen in den Osten Europas verlagert werden, mit dauerhaften Konsequenzen für den heimischen Arbeitsmarkt. Auch erzeugt eine Politik der geschlossenen Grenzen weitere Anreize zur illegalen Zuwanderung. Gerade im Niedriglohnbereich würde die Arbeitslosigkeit in Deutschland ansteigen.

### Um Qualifizierte werben

Die überzogene Strategie besteht deshalb darin, unsere Arbeitsmärkte im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung sofort zu öffnen und gezielt um die Qualifizierten aus Osteuropa zu werben. Hier gibt es endlich einmal einen deutschen Standortvorteil. Viele Osteuropäer leben bereits in Deutschland, deshalb ist unser Land für andere Zuwanderungswillige aus diesen Ländern attraktiv. Wenn wir die besten von ihnen nicht an andere Regionen der Welt verlieren wollen, dann sollten wir sie nicht abschrecken. Auf Übergangsfristen ganz zu verzichten.

Professor Klaus F. Zimmermann ist Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA Bonn) und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

# IZA in the Press and in the Public

“Über die Mär vom Ende der Arbeit”, in: **Handelsblatt**, 11-7-2000  
(book review by Holger Hinte)

“Neue Themenfelder erschließen. Das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)”, in: **Behörden Spiegel**, Sonderausgabe November 2000  
(article on aims and tasks of IZA)

“Auf zwei Säulen. Endlich wird über Zuwanderung diskutiert. Wer die Bevölkerung überzeugen will, muß aber den Bedarf ökonomisch fundiert begründen”, in: **Berliner Zeitung**, 11-6-2000 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Aktive Arbeitsmarktpolitik wirkt nicht”, in: **Handelsblatt**, 10-12-2000  
(interview with Klaus F. Zimmermann on the occasion of the award of the Nobel Prize in Economics to IZA Fellow James J. Heckman)

“Fremdenfeindlichkeit und Ökonomie. Deutschland ist auf Ausländer angewiesen - und braucht dringend ein Konzept für eine Zuwanderungs- und Integrationspolitik”, in: **Berliner Zeitung**, 10-7/8-2000 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Schnelligkeit war der größte Fehler”, in: **Rheinische Post**, 9-29-2000  
(interview with Klaus F. Zimmermann on the occasion of the 10th anniversary of German Unity)

“Streitfall: Den Euro stützen?“, in: **Die Woche**, 9-22-2000 (including an opinion by Klaus F. Zimmermann)

“Lohnkosten und deutsche Einheit“, in: **Berliner Zeitung**, 9-18-2000  
(op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Überstunden-Abbau - bringt uns das mehr Jobs?“, in: **Bildwoche**, 8-31-2000 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Qualifikation ist alles. Gedanken zur Zukunft der Arbeit“, in: **Das Parlament**, 8-11/18-2000 (op-ed piece by Rainer Winkelmann)

“Der Green-Card-Boom läßt auf sich warten“, in: **Handelsblatt**, 7-31-2000  
(including an opinion by Holger Hinte)

“Starkes Beschäftigungsgefälle zwischen den Regionen der EU“, in: **Financial Times Deutschland**, 7-26-2000 (including an opinion by Holger Hinte)

“IZA: Kein Zurückzucken vor heißen Eisen. Die Forschungsergebnisse der Wissenschaftler ziehen Ökonomen aus aller Welt nach Bonn“, in: **Kölnner Stadt-Anzeiger**, 7-21-2000 (talk with Klaus F. Zimmermann)

“Bluecard contra Greencard“, in: **20 Minuten Köln**, 7-17-2000  
(op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Alle Einwanderungsprobleme müssen zusammen gelöst werden“, in: **Handelsblatt**, 7-14-2000 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Ohne Zuwanderung verlieren wir international an Boden“, in: **Rheinische Post**, 7-11-2000 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Aufschwung durch Zuwanderer“, in: **Die Woche**, 7-7-2000 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Mobile Arbeitsplätze gefährden die Sozialversicherung. Tagung der europäischen BevölkerungsökonomInnen“, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 6-20-2000 (article on ESPE conference organized by IZA)

“Zuwanderer helfen der gesamten Wirtschaft“, in: **Welt am Sonntag**, 6-18-2000 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Kein Fall für Interventionen“, in: **Börse Online**, 6-8-2000 (interview with Klaus F. Zimmermann on the risks of the weakness of the Euro)

“Der Zivildienst ist in Kürze am Ende“, in: **Kölnische Rundschau**, 5-23-2000 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Die Angst vor der Zeit ohne Zivis“, in: **Mannheimer Morgen**, 5-17-2000  
(including an opinion by Klaus F. Zimmermann)

“Weiterer Wandel und Flexibilisierung“, in: **unternehmermagazin**, 5/2000  
(op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

IZA: Institut zur Zukunft der Arbeit

# Kein Zurückzucken vor heißen Eisen

## Die Forschungsergebnisse der Wissenschaftler ziehen Ökonomen aus aller Welt nach Bonn

Von Peter Seidel

Bonn – Straffe Übernahme von Lohnstellen, Weiterbildungsprogramme, ein Einwanderungsgezet, der sich an den Fortwärtigkeit des Arbeitsmarktes orientiert und ein kontrollierter Umbau des Wohlfahrtsystems bis zu mehr Zielgenauigkeit: Kernforderungen der so genannten Petersberger Erklärung, mit der die Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, kurz IZA, Mitte Oktober 1998, erstmals an die Öffentlichkeit Öffentlichkeit trat und zugleich Aufheben ergriff.

Ein Jahr und neun Monate später ist Institut-Chef Professor Klaus Zimmermann die Zufriedenheit über das bisher Geleistete anzumerken. Und das liegt nicht nur daran, dass wichtige Teile der Petersberger Erklärung wie die Themen Weiterbildung und Elternzeitgesetz inzwischen von der Politik aufgegriffen sind. Das IZA schafft es laut Zimmermann noch, insgesamt mit über 100 Millionen Mark jährlich umgeben. Zusätzlich erhält die private Institut für Forschungsvorhaben weitere Drittmittel.

In Köln des Instituts, zwei alte Villen an der Schönenberg-Lippe-Strasse, ebenfalls besetzt von der Vertretung des Landes. Hermannlein Band und nur weniger Schritte von der Universitätsbibliothek entfernt, ist die IZA ein Zentrum im Gespräch die Gründe für die überaus positive Entwicklung. Von Anfang an habe das Institut großes Wert auf interdisziplinäre Austausch mit der internationalen Forschung gelegt. Alle wichtigen Arbeitsökonomien der Welt seien inzwischen in Bonn zu Gast gewesen. Zimmermann: „Das macht es besser nach.“ Ständig sind zudem den 25 Forschungsgruppen des bis vier Gürtel im Haus, abgesehen von strategischen Höflichkeit und Diskussionen. Der Besuch aus Ländern wie China, Schweden, Israel, den Niederlanden, den USA, Irland oder England bringt es automatisch mit sich, dass „ausländische“ im IZA Englisch ist. Das Haus mit eben keine deutsche, sechszwanzig



KLAUS ZIMMERMANN ist Direktor des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit. Das von der Deutschen Post AG gesponserte Institut hat sich innerhalb kurzer Zeit mit Forschungen zu aktuellen Fragen des Arbeitsmarktes internationale Anerkennung erworben. (Bild: Cynthia Rübenhoff)

Sachen, so der Institut-Chef. Regelmäßig veröffentlicht „Discussion papers“ sorgen dafür, dass das Institut mit seinen Forschungsergebnissen in der wissenschaftlichen Debatte ständig präsent ist. Dispositionen regnet es von Hans-Friedrich-Personen, wie etwa von kürzlich die Jahrestagung der „European Society for Population Economics“ in der Godesburg.

Benannt ist der Forschungszentrum Deutschland und Europa einschließlich der Entwicklung in den Niederlanden Pieter De Mooij. Bei allen wissenschaftlichen Fragen, die sich das IZA stellt, steht die der politischen Relevanz immer im Vordergrund“, so Zimmermann. Und auch das Ziel, mit wissenschaftlicher Forschung politischen Einfluss zu gewinnen. „Hätte Europa der Arbeitsökonomie Gleichberechtigte große Anerkennung auf das IZA aus.“

Das Institut stellt in einer Studie etwa fest, dass der gesamte Arbeitsmarkt in Deutschland als Mittel zur

Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze – eines der größten Kinder des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Arbeitsplatz-Diskussion – nicht bringe, weil es sich nicht um überstund qualifizierter Arbeitnehmer handelt, die entweder schlecht sind oder über marktliche Preistreibungen werden. Die Problemgruppe des Arbeitsmarktes – gering qualifizierte Arbeitnehmer – würde von Arbeitsüberstunden nicht profitieren.

Eine weitere Studie zeigt, dass die Reduzierung von Lohnstellen im Krankheitsfall als Mittel, Arbeitsplätze zu schaffen, nicht sagt, weil sie fast ohne Effekt auf die Entwicklung von Arbeitsstellen ist. Auch vor dem letzten Thema Zimmermann schreibt das IZA zurück. „Wissenschaftler analysieren die „Auswirkungen“ im Zusammenhang mit Migration. Zimmermann: „Wie konnte zeigen, dass die Ängste vor Zuwanderung doch besonders groß sind, so es

keine Ähnlichkeit gibt, etwa in Deutschland.“ Es ist wissenschaftlich bedenklich, politische Zurückhaltung – Stichwort Asyl – zu akzeptieren, andere aber nicht. Die Folge eines solchen Weges seien Akzeptanz-Probleme, weil die meisten Zuwanderer nicht ökonomisch sinnvoll seien. Im Übrigen sei die Diskussion um die Grenz-Cost als Beispiel dafür, dass es an qualifizierten Arbeitskräften fehle.

Politikale Einfluss habe das Institut gewonnen, das geht es zu zeigen, indem das IZA weltweit zu aktuell bestehenden Sachfragen Papers positioniert, formale Zimmermann eine Aufgabe nach für die Zukunft. Sicher nicht bedenklich in dieser Hinsicht ist die Tatsache, dass es zwischenzeitlich zum Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin ernannt wurde. Ein weiterer Grund für den Erfolg der jungen Forschungsinrichtung ist, dass die ermittelte Arbeitsmarktfor-

schung in Europa schwach besetzt war“. Das IZA stellt in einer Linken.

Der Umgang von Regierung und Parlament nach Berlin hat die Entwicklung in keiner Weise gebremst. „Für unsere Fokus ist Bonn besser. In Berlin gibt es zu viele Institutionen, außerdem werden die Väter zur Politik.“ Beim Thema Standort Bonn wird der Professor gewöhnlich euphorisch. Die Verbindung von Bundesbehörden wie dem Bundesinstitut für berufliche Bildung und dem Statistischen Bundesamt nach Bonn bedeutet er als „sehr positiv“. Überdies seien die Einrichtungen anders als in Berlin im Fall entstehen. „Bonn ist als Wissenschaftszentrum exzellent.“ Das Institut für Volkswirtschaft der Bonner Universität gebe ein theoretisch fundiertes Institut der Republik. Das IZA sieht Zimmermann daher als eine „Attraktion“ im Kampf um die Bewahrung dieses ersten Platzes. „Worauf das Standort für uns hier nicht gibt, man muss ihn erfinden.“



# IZA in the Press and in the Public

“Die neue Arbeitswelt ist Freud und Leid”, in: **Tagesspiegel**, 4-30/5-1-2000  
(interview with Klaus F. Zimmermann)

“Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die westlichen Arbeitsmärkte”,  
interview, **Deutsche Welle**, 4-20-2000 (Thomas K. Bauer)

“Den Standort stärken – Deutschland braucht ‚Green Cards‘ für  
Studenten”, in: **Berliner Zeitung**, 4-17-2000 (op-ed piece by  
Klaus F. Zimmermann)

“Wir brauchen grünes Licht für die Greencard”, in: **Weltbild**, 4-14-2000  
(interview with Klaus F. Zimmermann)

“Wissen ist Macht. Die Greencard-Debatte hält der Ausbildung einen trau-  
rigen Spiegel vor, in: **Rheinischer Merkur**, 4-14-2000 (op-ed piece by  
Klaus F. Zimmermann)

“Professoren-Profile: Klaus F. Zimmermann”, in: **wisu - das wirtschafts-  
studium**, 4/2000 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Beruf und Zukunft: Arbeiten wir bald nur noch 20 Stunden pro Woche?”,  
in: **tv Hören und Sehen**, 15/2000 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Die Inflation ist tot, wenn die Geldmenge als Konzept tot ist”, in: **Börsen-  
Zeitung**, 3-29-2000 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Nachgefragt: Gefährdet die Tarifrunde die Konjunktur?”  
Klaus F. Zimmermann, Direktor des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit  
(IZA), verlangt eine gemäßigte Lohnpolitik, in: **Börse Online**, 3-27-2000  
(op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Der Betrieb wird zum Wissensunternehmen”, in: **Deutsches  
Handwerksblatt**, 3.23.2000 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Schröder gibt Gas mit angezogener Handbremse. Die Greencard kann nur  
der erste Schritt auf dem Weg zu einem umfassenden  
Einwanderungsgesetz sein”, in: **Financial Times Deutschland**, 3-20-2000  
(op-ed piece by Holger Hinte/Klaus F. Zimmermann)

“Massiver Nachwuchsmangel. Die Einführung einer Greencard für IT-  
Spezialisten schafft nur ein Problem von vielen vom Tisch”, in: **Welt am  
Sonntag**, 3-19-2000 (including an opinion by Holger Hinte)

“Um die besten Köpfe werben”, in: **Wirtschaftswoche**, 3-16-2000  
(interview with Klaus F. Zimmermann)

“Zwangssparen für alle”, in: **Berliner Zeitung**, 3-13-2000 (op-ed piece by  
Klaus F. Zimmermann)

“Eine brummende Jobmaschine ist nicht in Sicht. Trotz guter Aussichten  
für das Wirtschaftswachstum wird die Arbeitslosigkeit hoch bleiben”, in:  
**Handelsblatt**, 3-13-2000 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“EU-Osterweiterung kann Mangel an Computerexperten beheben”, in:  
**Handelsblatt**, 3-8-2000 (article on the IZA study on the labor market  
effects of EU eastward enlargement)

“Weiterbildung ist nicht genug. IZA-Chef: Ausländische IT-Spezialisten  
müssen Bedarfslücke schließen”, in: **Berliner Zeitung**, 2-26/27-2000  
(interview with Klaus F. Zimmermann)

“Kanzler rudert bei Green Cards zurück. Expertenstreit um den Bedarf an  
ausländischen Fachkräften der Informationstechnologie”, in:  
**Handelsblatt**, 2-25/26-2000 (including an opinion by  
Klaus F. Zimmermann)

“Niedriglohnmodelle: Neue Perspektiven”, in: **Markt und Mittelstand**,  
2/2000 (including an opinion by Klaus F. Zimmermann)

“Die Zukunft. Einen klassischen Karriereweg für Akademiker wird es in  
Zukunft immer weniger geben”, in: **Berliner Morgenpost-Beilage “Go On  
- Magazin für Hochschule und Karriere”**, 1-31-2000 (interview with  
Klaus F. Zimmermann)

“Arbeitsmarkt: Teilen allein genügt nicht”, in: **Börse Online**, 1-13-2000  
(including an opinion by Klaus F. Zimmermann)

# Wirtschaft

14. April 2000

RHEINISCHER MERKUR

Nummer 15 - 2000

**ARBEITSMARKT / Die Greencard-Debatte hält der Ausbildung einen traurigen Spiegel vor**

## Wissen ist Macht

**Arbeitslosigkeit contra Fachkräftemangel: Auf der Strecke bleiben die gering Qualifizierten. Was läuft schief im Ausbildungssystem?**

■ KLAUS F. ZIMMERMANN

**P**aradiese leben im deutschen Arbeitsmarkt. Die so genannte „Green Card“ soll vertriebenen Fachkräfte aus dem IT-Bereich nach Deutschland importieren. Gleichzeitig sind aber vier Millionen Menschen arbeitslos, auch in der Fach- und Informationsbranche. Ein schmerzlicher Widerspruch nur, denn tatsächlich sind die Profile am Arbeitsmarkt höchst verschieden. Unverkennbar sind bestimmte Fachkräfte vorhanden, an anderer Stelle die Arbeitslosigkeit ebenfalls hoch. Gefragt ist eine überzogenste Antwort auf beide Entwicklungen.

Zu all'zuerst die Ausbildung am Bedarf vorbei. Nach wie vor wird in mehrfachen Ebenen, beispielsweise im Bergbau, quasi für die Arbeitslosigkeit ausgebildet. Für manche Zukunftsjobs gibt es dagegen noch nicht einmal klare Berufsbilder. Unser Ausbildungssystem ist so eng, erkennt den Bedarf zu spät. Die Funktionen der Institutionen kann eine mittelfristige Wirkung zeigen, aber nicht ad hoc Lücken füllen. Erfahrungsgemäß reagieren jene Institutionen, die ausgebildet werden sollen, erst, wenn die Profitabilität der Neuerung offensichtlich ist. Dann kann es aber bereits zu spät sein.

Tatsächlich kann immer höhere Zahl der schlechten Verkörperung von Berufen und Berufenen nicht mehr Schritt halten. Wirtschaft, Arbeitgeber und Institutionen wie das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung müssen sich zusammensetzen, diese Informationslücke schließen und ein Politiksystem schaffen. Es ist bezeichnend, dass in Deutschland derzeit



Klaus F. Zimmermann ist Mitarbeiter für die Universität Bonn und leitet das Forschungszentrum zur Zukunft der Arbeit. Foto: IZA

der tatsächliche Bedarf am Arbeitsmarkt nur schwer zu beurteilen ist.

Doch Vorsicht vor einer gefährlichen Falle. Schon heute wird oft zu speziell ausgebildet, viele Betriebe erwarten Mitarbeiter, die exklusiv für sie gelernt werden. Doch die Greencard-Debatte darf nicht dazu führen, die Spezialbildung nach weiterem Staatsauftrag und bewährten Beweisen zu erzeugen. In der dynamischen Informationsgesellschaft verliert Spezialwissen immer mehr. Der Spezialist wird schnell zum disqualifizierten Outsider.

Das heißt zum einen, dass der berufsübergreifenden Weiterbildung ein noch viel größerer Gewicht zukommen muss, als dies gegenwärtig der Fall ist. Zweitens müssen Umschulungsmaßnahmen für Qualifizierten neue Chancen eröffnen. Zum Dritten muss die Ausbildung wieder mehr Schlüsselqualifikationen vermitteln, die ein Fundament für einen „beruflichen Spezialwissen“ bilden. Dazu gehören neben sozialen und Sprachkompetenzen vor allem Entscheidungs- und Teamfähigkeit sowie strategisches Denken.

Vielmehr führt kein Weg daran vorbei, dieses mittelfristig wirksamen Maßnahmen eine langfristige, bestmögliche Zinnsenkung von Arbeitskräften an die Seite zu stellen, um akute Lücken zu schließen, die sonst die ganze Volkswirtschaft besaenigen würden. Die IT-Branche zeigt, welche Bedeutung hoch qualifizierten Personal auch für die Chancen gelungener, qualitativer Arbeitsmarkter hat. Im Umfeld jeder IT-Jobs besteht kontinuierlicher Arbeitskräftebedarf. Die Produktivität des Unternehmens und der gesamte Arbeitsmarkt können so nur gewinnen. Die Wirtschaft muss sich dem Vorwurf gefällig lassen, langfristige Perspektiven verkennt zu haben. Es würde zu wenig ausgebildet, es werden auch

falsche Schwerpunkte gesetzt. Das gilt nicht nur für den High-Tech-Sektor sondern auch für den Maschinenbau oder den Flugzeugbau. Und dies, wo sozusagen ausgebildet wurde - etwa in der Biotechnologie -, wurde zu wenig für adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten getan, sodass gefragte Fachleute in die USA abwandern.

Keine Frage: Der Ausbildungsmarkt braucht einen Dynamik. Und die wird auch durch höhere Effizienz gemessen. Deutschland muss wieder zum attraktiven Studienort werden. Dazu müssen wir uns ganz Strukturreformen ausdenken und umsetzen. Und dazu gehören ein überzogenes Marketing für das Brandmark Deutschland sowie für die Universitäten sowie die

Reifung von English als Unterrichtssprache. So werden auch die deutschen Studenten früh an das internationalen Wettbewerb gewöhnt.

Im Anschluss müssen aber auch die Lebensbedingungen stimmen, damit mehr Absolventen in Deutschland bleiben und nicht via bürokratischem Hindernisland einer Greencard später wieder ausgewandert werden müssen. Anreize sind die Ausbildungsstellen deutlich höher. Das deutsche System darf sich nicht auf veralteten Lockbaiten stützen, sondern muss flexibel werden. Dazu müssen wir uns auch anregen, Politikinstrumente für eine Beschäftigung in Informationsbranchen umzusetzen. Institutionen wie die Berufsbildungen haben mit ihrer Verkörperung von Praxis- und Weiterbildungs Modellen zu arbeiten. Die Fachhochschulen können die Aufgabe übernehmen, die Menschen gemeinsam mit der Wirtschaft über das Berufleben hinweg weiterzubilden.

Wie schnell hier allerdings die Grenzen erreicht sind, zeigt die Tatsache, dass das Gros der Arbeitslosen zu den gering Qualifizierten und Ungelernten gehört. Sie drohen im Informationszeitalter auf der Strecke zu bleiben. Es reicht deshalb nicht aus, die Ausbildung zu verbessern. Nicht jeder ist unbegrenzt lernfähig. Hinzu kommt, dass eine Beschäftigungsoffensive für gering Qualifizierte, Andernfalls droht eine krasse Schere: Haben sie mehr oder minder großer Fachkräftemangel und ausstehende Weiterbildung von Qualifizierten, drohen eine eklatante hohe und überhöhter Sozialebenensignale von Ungelernten. □



ZUKUNFTSJOB: Der Illusionen hat ausgedient.

Foto: Manfred Volker

# IZA in the Press and in the Public

## „Der Betrieb wird zum Wissensunternehmen“

Über das Handwerk in der Zukunft sprach das DHB mit Klaus F. Zimmermann, Direktor des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Das IZA soll, so heißt es, die „Zukunft der Arbeit“ steuern. Haben Sie dabei auch schon einmal an das Handwerk gedacht?

Natürlich, denn wenn es um die Zukunft der Arbeit geht, ist das Handwerk ein zentraler Faktor. Somit sieht es am unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze noch viel längerfristig an.

Etwas konkreter gefragt: Wie wird die Zukunft der Arbeit in handwerklicher Arbeit und Betriebsbetrieben aussehen?

Da besetzt das Handwerk im Grunde nicht bange zu sein, denn die Arbeit - also die Kundenanfrage - wird immer stärker zunehmen. Aber auch im Handwerk haben die neuen Technologien immer stärker Einzug in der Verwaltung und Buchführung und vor allem in den Gewerken selbst. Der Handwerksmeister, die Gesellen, werden zunehmend in High-Tech-Arbeitsfeldern. Das Standard-Handwerk genügt da längst nicht mehr, was mit der Entwicklung Schritt zu halten.

Mit welchen Konsequenzen?

Es gibt nur wenige Bereiche, in denen das Manuelle seinen heutigen Stellenwert behalten wird. Neben der Meisterprüfung wird deshalb der bewährteste Weg der Weiterbildung immer größere Bedeutung zukommen. Auch die Anforderungen an die Lehrlingsausbildung werden steigen. Der einzelne Handwerksbetrieb wird zum Wissensunternehmen und hoch qualifizierte, spezialisierte Arbeit anbieten müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Das macht die Handwerksbetriebe auch zu einer interessanten Alternative zur akademischen Ausbildung und könnte die Nachwuchssituation verbessern.

Hilft Ihrer Meinung nach das deutsche Handwerk in seiner jetzigen unternehmerischen und rechtlichen Herangehensweise die Zukunft, wenn nur vor allem die Arbeit an der Meisterprüfung entscheidend ist?

Sicher wird es - wie überall - Anpassungen geben. Ob das kleine Meisterbetrieb oder andere Lösungen unterhalb des Meisterniveau tar-

Klaus F. Zimmermann, 47 Jahre alter Volkswirtschaftsprofessor, ist seit zwei Jahren Direktor des IZA und seit Januar zugleich DHB-Präsident. Das IZA wird von der Deutschen Post AG mitfinanziert. Es soll wissenschaftliche Erkenntnisse über den Arbeitsmarkt sammeln und in politische Lösungsvorschläge umfassen.



Fachkräftemangel und hohe Personalkosten zeigen die Entwicklungstendenzen vieler Klein- und Mittelbetriebe an. Wie sehen Sie hier einen Ausweg?

Der Fachkräftemangel ist in der Tat ein großes Problem - weit größer als die Personalkosten. In absehbarer Zeit dürfte sich die Engpass noch verschärfen und in der Folge auch die Löhne nach oben treiben. Das Handwerk sollte sich deshalb recht intensiv und gesteuert gerade an die Qualifikationsstellen, um für sich zu werben. Dies und auch die Ausbildung von ausländischen Jugendlichen kann allerdings ebenfalls unterstützend helfen. Kurzfristig sollte die Politik zulassen, dass dort, wo Bedarfe auf der Hand liegen, Fachkräfte aus dem Ausland gezielt angeworben werden. Die ausländerrechtlichen Hindernisse erweisen sich mehr und mehr als herkömmlich und volkswirtschaftlicher Schaden - und das

auch jenseits der IT-Branche.

Das IZA rät mit Nachdruck darauf, unsere Arbeitsmarktprobleme gravierender auf die Arbeitslosigkeit der schlecht qualifizierten zurück. Können gerade kleine und mittlere Betriebe hier für Entlastung sorgen? Können sie es als zum Beispiel die Markt für einfache Dienstleistungen ableiten, von dem Sie sich so viel erhoffen?

Wie denn sonst? Es gibt im Dienstleistungsbereich sowohl bei qualifizierten als auch bei einfachen Serviceangeboten noch viele Möglichkeiten, die nahezu brach liegen. Wenn man genau hinsieht, dass geht es auch bei den einfachen Diensten längst nicht nur um irgendwelche Handlungsmöglichkeiten, sondern beispielsweise um innovative Mobilitäts-, Beratungs- und Serviceangebote. Dafür ist ein Nachfragemarkt vorhanden, aber auch kein perfektes Angebot. Der Kreativität ist hier keine Grenze gesetzt, es sei denn, dass Regulierungen als Hindernis im Weg stehen. Das ist leider noch viel zu oft der Fall. Eine wichtige Voraussetzung für die Erfinden zusätzlicher Arbeitsplätze bei kleinen Unternehmen ist deshalb, dass De-regulierung vom Schlagwort der allfälligen Praxis wird. Wie dringend hier gehandelt werden muss, zeigen die nächsten Faktoren: ein Viertel der Gesamtqualifizierten in Deutschland ist arbeitslos, im Osten sind es gar über 50 Prozent. Das ist inakzeptabel.

Übersundenabbau, generelle Reduzierung der Arbeitszeit oder eine höhere Heranziehung könnten Sie als weitere Punkte zum Abbau der Arbeitslosigkeit, zum Teil sogar zur Herabsetzung des Problems. Was ist denn Ihrer Meinung nach die bessere Alternative?

Vielleicht - ein kräftiges sowohl-als-auch! Alle Erfahrung lehren, dass wir mit den von Ihnen genannten, vernünftlichen Patentlösungen nicht weiterkommen. Überwunden sind eine unerschöpfbare Flexibilitätenspanne gerade auch kleineren Unternehmen, Lebensnotwendigkeitsverdrängungen. Etabliert in der Regel nicht zu Neuanstellungen, sondern zu Rationalisierungs-

gen. Aber natürlich könnte es helfen, wenn geringqualifizierte weniger arbeiten und dafür solche Arbeitsplätze eine Beschäftigung erlangten. Dieses geringere Einkommen muss die Gesellschaft dann aber auch akzeptieren.

Die Rolle des Staates dabei?

Wir brauchen den aktivierenden Staat, der die richtigen Anreize für mehr Eigeninitiative setzt, sei es durch eine Reform der Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe, sei es durch gezielte Existenzsicherungsprogramme für Geringqualifizierte, sei es durch niedrigere Mehrwertsteuersätze für Produkte und Dienstleistungen, die Urgenbedürfnisse anbieten. Mehr Mut zum arbeitsmarktpolitischen Experimentieren muss man mir gut tun, auch bei der Erprobung von Bildungsmaßnahmen. Es muss auch endlich Schluss sein mit der glanzreichen Subventionierung sozialistischer Branchen. Einen Aspekt sollten wir gleichzeitig nicht unterschätzen: Das Informationsverhalten hat längst begonnen. Höchste Zeit ist es, den Umgang mit neuen Technologien so zu vereinfachen, dass auch Geringqualifizierte auf dem Zug der Zeit aufspringen können.

Das Handwerk rechnet es sich hoch an, der Ausdehnung der Manoe zu sein. Welchen Stellenwert haben das diese System und die Weiterentwicklung der Ausbildung im Handwerk? Ist das ein positiver „Zukunft der Arbeit“?

Ingenieur hat sich das diese System sehr bewährt. Die Welt scheint durch sich selbst auf uns. Wir müssen allerdings anpassen, dass nicht zu viele Spezialisten ausgebildet werden, deren berufliche Mobilität über dem ausdehnenden Bereich hinaus überschätzt ist. Das Getriebene, die sich die Spezialisten kontinuierlich bereitgestellt ausgeben, gehört die Zukunft. Das müssen unsere Personalabteilungen und Ausbilder erst noch verinnerlichen. Die Tatsache, dass es an manchen Stellen bereits sehr hohe Löhne gibt, zeigt, dass sich auch das diese System nicht auf alten Lorbeeren ausruhen darf.

Harald Hebert

“Mehr Rentner als Arbeitsuchende? Warnung vor zu großen Erwartungen”, in: **Kölner Stadt-Anzeiger**, 1-6-2000 (including an opinion by Holger Hinte)

“Von Broterwerb und sittlichen Zwecken. Eine Geschichte des Arbeitsverständnisses von der Antike bis zur Gegenwart”, in: **Handelsblatt**, 4-1-2000 (book review by Holger Hinte)

“Führung von IZA und DIW in einer Hand”, interview, **Westdeutscher Rundfunk**, 4-1-2000 (Klaus F. Zimmermann)

## 1999

“Arbeit 2000”, live interview, **ZDF-Morgenmagazin**, 12-30-1999 (Klaus F. Zimmermann)

“Bei Fehlverhalten Bußgelder”, in: **Wirtschaftswoche**, 12-23-1999 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Unbequemer Mahner und Schlafstörer”, in: **Tagesspiegel**, 12-18-1999 (article on the celebration of the handing over of the DIW presidency to Klaus F. Zimmermann)

“Löhne noch nicht niedrig genug”, in: **Berliner Zeitung**, 12-17-1999 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Zimmermann skeptisch über Bündnis-Gespräche”, in: **General-Anzeiger**, 12-17-1999 (talk with Klaus F. Zimmermann)

“Im Bündnis für Arbeit droht Einfalt statt Vielfalt”, in: **Handelsblatt**, 12-16-1999 (op-ed piece by Klaus F. Zimmermann)

“Ideen für die Zukunft der Deutschland AG”, in: **General-Anzeiger**, 12-16-1999 (article on AIESEC event and opinion by Klaus F. Zimmermann)

“The Cost of Europe: Buyer Beware”, in: **Time Magazine**, 12-13-1999 (including an opinion by Holger Hinte)

“Tauziehen um Jobverbot für Asylbewerber”, in: **Handelsblatt**, 12-13-1999 (including opinion pieces by Thomas K. Bauer and Michael Vogler)

“Holzmann-Aufsichtsrat unter Beschuß”, in: **Die Welt**, 12-13-1999 (including an opinion by Klaus F. Zimmermann)

“IG Bau will gegen Holzmann klagen. Spekulation über Ablösung des Aufsichtsratschefs”, in: **Süddeutsche Zeitung**, 12-13-1999 (including an opinion by Klaus F. Zimmermann)

“Ein durchaus eleganter Schachzug”, in: **Berliner Zeitung**, 12-11/12-1999 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Der Kanzler muß etwas anbieten”, in: **Kölner Stadt-Anzeiger**, 12-11/12-1999 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“DIW-Chef gegen kürzere Arbeitszeit”, in: **Die Welt**, 12-10-1999 (talk with Klaus F. Zimmermann)

“Das muß sich ändern”, in: **Tagesspiegel**, 12-9-1999 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“DIW wird neu ausgerichtet”, in: **Süddeutsche Zeitung**, 12-8-1999 (article on Klaus F. Zimmermann's leadership of IZA and DIW in personal union)

“Horn beerbt Flassbeck. Künftiger Instituts-Chef Zimmermann will modernen Keynesianismus pflegen”, in: **Handelsblatt**, 12-8-1999 (article on Klaus F. Zimmermann's leadership of IZA and DIW in personal union)

“Klaus F. Zimmermann startet als neuer DIW-Präsident in Berlin”, in: **Die Welt**, 12-7-1999 (article on Klaus F. Zimmermann's leadership of IZA and DIW in personal union)

“Unterschriftsreif. Klaus Zimmermann will aus dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung einen Global Player machen”, in: **Welt am Sonntag**, 12-5-1999 (article on Klaus F. Zimmermann's leadership of IZA and DIW in personal union)

# IZA in the Press and in the Public

FORUM

## Bei Fehlverhalten Bußgelder

VON KLAUS ZIMMERMANN

Über neue Wege in der Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik



Optimismus bei dieser Phase in der Nachfraganalyse: Bundesregierung, Sachverständigenrat und Wirtschaftsinformationsdienste überbieten sich in ihren glänzenden Voraussagen für die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2000. Die Idee der Wirtschaftspolitik endlich – mögliche Erfolge bei der Arbeitsmarkterweiterung – steht nach wie vor aus. Wie der positive Wirtschaftswachstum werden keine Impulse für den überdurchschnittlichen Arbeitsmarkt erwartet. In Deutschland springt die Wachstumsrate auf die Beschäftigung nicht über. 1999 war für den Arbeitsmarkt ein verlorenes Jahr, und 2000 wird außer kleinen demographisch bedingten Nebenwirkungen nichts beitragen. Warum?

Die schlechte Arbeitsmarktlage ist hauptsächlich ein Problem der Gastgewerkschaften, viele andere Tarifkriterien für Arbeit gibt es nicht. Im Zuge einer globalen Wettbewerbs- und wirtschaftlichen Anpassungsprozesse für Arbeit, durch den Sieg der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie aufgrund der Ausweitung von Handel und Kapitalverkehr hat sich die Position der Gastgewerkschaften verschlechtert.

Das wird häufig nicht als unzulässiges Problem, als Folge hoher Lohnkosten angesehen. Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände geben Hand in Hand. Die Arbeitsmarkt reagiert, wie viele der früheren Krisenperioden gezeigt haben, unempfindlich auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. In der Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung einseitig können – das Gegenteil ist der Fall. Unglücklicherweise sind von



Die Insider-Outsider-Problematik, nach der Arbeitsplatzbesitzer nur an der Sicherung ihrer Einkommenssituation statt an der Ausweitung der Beschäftigung interessiert sind.

Daraus folgt: Die Arbeitsmarktsensibilisierung von Krisen müssen dagegen vermieden werden, weil wirtschaftliche Lösung nicht automatisch aus der Arbeitslosigkeit folgt. Die deutsche Tarifstruktur ist für die gegenwärtige Lage wesentlich unvorteilhaft. Das Schema für Arbeit ist ein Kompromiss für die Vertrags. Dabei besteht die Tarifstruktur eher aus einer Einseitigkeit, und das ist kein billiger Ruf nach dem allmächtigen Staat. Möglichkeiten kann die Wettbewerbs der Unternehmen hier einige bestehen. Wenn dies die Tarifpartner nicht zur Klärung bringt, muß das Fehlverhalten korrigierbar und bestrafbar sein. Tarifvertragskriterien, die zeigt der Fall Holmann, sind sinnvoll. Unternehmen könnten gestützt zu Arbeitsleistungen und zu Wettbewerbsqualifikationen für ihre Mitarbeiter verpflichtet werden. Eine Beschäftigungsbürokratie könnte bei Fehlverhalten in den Tarifverträgen mit der Tarifvertragspartnern bestehen. Das wird noch lange kein Standardvertragskriterium.

Wäge der erlebten Fehler in der sich entwickelnden Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik sollten auf jeden Fall vermieden werden. Dazu gehört die wesentliche „Recht mit 60“ sowie die verschärfte Absenkung von Arbeitszeiten. Dabei sind auch globale Lohnkriterien, nicht wenn die Lohnempfindung regulieren werden.

Die Arbeitsmarktproblematik ist nicht eine Arbeitsmarktproblematik, sondern ein gesellschaftliches, insbesondere ein Tarifvertragspartnern problem. Nicht das allgemeine Lohnniveau ist zu hoch, die Lohnstruktur muß sich verändern. Durch Steuererleichterungen und Tarifabsicherungen werden Tarifabsicherungen werden. Auch sollten die Lohnstrukturen stärker abgrenzen, und an der Produktivitätsentwicklung orientiert werden. Produktivität, insbesondere solche internationalen Umfragen, dürfen nicht zu Lohnempfindungen führen.

Die Arbeitsmarktproblematik muß neue Wege geben. Nicht eine Senkung, sondern eine Wertschöpfung der Lebensarbeitszeit muß in den Blick rücken. Angesichts der Herausforderungen der Arbeitsmarkt und der Beschäftigung kann dies auch ein Blick Lebensarbeitszeit darstellen. Schließlich muß die Mitarbeiterzeitlich festhalten werden. Menschen mit höherer Qualifikation, die geübt sind, müssen nicht arbeiten dürfen. Teilzeitarbeit muß gefördert werden, insbesondere im Niedrigqualifikationsbereich. In der Zeit. Das alles erfordert den Mut zum Umsturz, doch diese frei könnte auch das Jahr 2000 zum verlorenen Jahr in der Arbeitsmarktproblematik werden.

Prof. Dr. Klaus Zimmermann, IZA, ist Direktor des Berliner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) und Professor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin.

FREITAG, 17. DEZEMBER 1999

WIRTSCHAFT

# Zimmermann skeptisch über Bündnis-Gespräche

**WISSENSCHAFT** Da der Direktor des Bonner Instituts Zukunft der Arbeit bald auch Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ist, will er die Kooperationen zwischen beiden Einrichtungen fördern

Von unserer Korrespondentin  
**Claudia Mahle**

**BONN.** Professor Klaus Zimmermann, Direktor des Bonner Instituts Zukunft der Arbeit (IZA), ist pessimistisch, was die Entwicklung des Bündnisses für Arbeit betrifft: „Das Bündnis beißt sich an Themen fest, die wenig bringen“, sagt Zimmermann, der vom 1. Januar an auch Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin wird. Die Diskussion über die Schaffung einer Rente mit 60 sei ein Beispiel für eine völlig verkehrte Richtung, in die das Bündnis sichere. Denn die Möglichkeit des vorgezogenen Ruhestands wird laut Zimmermann die Arbeitskosten nach oben treiben. Offensichtlich hätten die Beteiligten an des Bündnis-Gesprächen vor, ein Paket zu schließen, in dem man die längerfristige Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen mit der Rente mit 60 zusammenbringe. „Doch in der derzeitigen Situation muss es in Deutschland gar nicht um globale Lohnzurückhaltung gehen.“ Wesentlicher sei, die Kosten für Stellen mit niedriger Qualifikation zu senken. „Ich finde es deshalb nicht schlimm, wenn am 23. Dezember keine Einigung erzielt werden kann“, sagt der IZA-Chef.

Differenziert betrachtet, Zimmermann die Modellversuche, die bei der jüngsten Bündnis-Runde vereinbart wurden. Dabei sollen gering entlohnte Jobs durch staatliche Zuschüsse zu den Sozialbeiträgen aufgewertet werden. Die Modellversuche sollen jeweils in einem Bundesland und einem ostdeutschen Bundesland erprobt werden. Beim so genannten Mäzner Modell erhalten die Arbeitnehmer die Zuschüsse. Dieses Ansatz beurteilt der Arbeitsmarktforscher eher kritisch. Es würden keine neuen Jobs geschaffen, sondern nur der Anreiz zur Arbeitsaufnahme gefördert.

Das sozialökonomische Modell hält Zimmermann deshalb für geeigneter, da durch die Zuschüsse zu den Arbeitgeberbeiträ-



Will die Stärken von IZA und DIW für Kooperationen nutzen: Arbeitsmarktforscher Klaus Zimmermann. FOTO: MAX MALJCH

gen zusätzliche Stellen geschaffen werden könnten. Aber auch dieses Modell sei nur für eine Übergangsphase geeignet. Denn sonst entstünde eine Anreizlosigkeit der Unternehmer. „Das ist die große Gefahr.“ Sonst droben Dauerunbewältigten und Rotationseffekte, bei denen die Arbeitnehmer einfach entlassen werden, wenn die Zuschüsse auslaufen. Auch sollten solche Programme konzentriert werden auf klar Zielgruppen wie Langzeitarbeitslose.

Mittelfristig müsse den Menschen mit niedriger Qualifikation dadurch geholfen werden, in dem die Dienstleistungs-Vielheit gefördert werde. Da die stärkere Inanspruchnahme von Dienstleistungen häufig

mann zu erklären: Ralf Messer war bislang persönlicher Referent des amtierenden DIW-Präsidenten Lutz Hoffmann. Auch eine weitere Neuerung ist geplant: „Wir suchen jetzt noch eines Arbeitsmarktkoordinators als Vizεδirektor.“

Zimmermann steht in erster Linie Vorfeinde darin, dass er künftig beide Institute führt. Zu den Aufgaben des IZA gehöre beispielsweise auch die Beratung der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Dafür hätte das Institut sonst ein Büro in Berlin gebraucht. Da das DIW als größeres Institut über gute Kanäle in die Politik hinein verlege, werde es künftig leichter, Ideen aus der IZA-Arbeitsmarktforschung in die Politik hinein zu tragen. „Ich merke deutlich, dass seit meiner Nominierung die öffentliche Reaktion auf Vorschläge größer ist.“

Für das IZA, das von der Deutschen Post AG finanziell getragen wird, werde aber wichtig sein, dass es ein eigenes Profil behalte. Deshalb denke man an einen Ausbau des Instituts zu einer arbeitsmarktpolitischen Denkfabrik. International renommierte Experten sollen sich regelmäßig treffen, um Ideen zu entwickeln. Beim Bonner Institut sind mittlerweile 19 Beschäftigte tätig. Im Laufe des kommenden Jahres soll die Mitarbeiterzahl auf 28 bis 30 steigen. Auch die Räumlichkeiten werden erweitert. Zusätzlich zum Gebäude der Bremer Landesvertretung hat die Post ein Nachbarhaus erworben, das jetzt für das IZA umgebaut wird. Sechs Programmstrukturen koordinieren Forschungsprojekte, in denen 140 internationale Wissenschaftler regelmäßig mitarbeiten.

Darüber hinaus soll es Kooperationen zwischen DIW und IZA geben: So sollen bestimmte Aufgaben in der Politikberatung in Brüssel und Berlin gemeinsam wahrgenommen werden. „Das IZA wird dann eher für die wissenschaftliche Hintergrundarbeit zuständig sein, das DIW für die Vermarktung und die direkte Beratung.“

# IZA in the Press and in the Public

“Signale für das Kapital. Abkehr vom Mindestversorgungsprinzip?“, in: **Mensch & Büro**, Nr. 6/1999 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Geringere Entgeltfortzahlung senkt Lohnzusatzkosten kaum. IZA-Studie belegt Einfluß der Arbeitslosenquote auf den Krankenstand“, in: **Handelsblatt**, 12-2-1999 (*article on IZA study on absenteeism/ IZA Discussion Paper 62*)

“Eine Frage der Ehre. Freiwillige brauchen Unterstützung“, in: **Hinz & Kunzt. Das Hamburger Straßenmagazin**, December 1999 (*including an opinion by Klaus F. Zimmermann on honorary office and labor market*)

“Arbeit im nächsten Jahrhundert: Alte Zöpfe müssen abgeschnitten werden“, in: **Der Arbeitgeber**, 51 (1999), Nr. 12, December 1999 (*article by Klaus F. Zimmermann*)

“Keine Angst vor der Zukunft der Arbeit. Anmerkungen zu einer spannenden Edition“, in: **liberal - Vierteljahreshefte für Politik und Kultur**, Heft 4, November 1999 (*book review by Holger Hinte*)

“Dienstleistungen - Stein der Weisen in der Arbeitsmarktpolitik“, in: **Key - das OFW-Semestermagazin**, winter semester 1999/2000 (*op-ed piece by Klaus F. Zimmermann*)

“Working Woman: Wie arbeitet es sich, wenn mit dem Vertrag die spätere Kündigung gleich mitgeliefert wird?“, in: **Allegra**, 12/1999 (*article on temporary employment including an opinion by Holger Hinte*)

“Mehr Mut zum Experiment kann uns nur guttun“, in: **Rhein-Zeitung**, 11-27/28-1999 (*article by Klaus F. Zimmermann*)

“Nichts geht voran“, in: **Welt am Sonntag**, 11-14-1999 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Die Entscheidung ist falsch und kommt zu früh“, in: **Tagesspiegel**, 11-5-1999 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“McJobs für Deutschland“, in: **Berliner Morgenpost**, 10-29-1999 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Kaum Jobs durch kürzere Arbeitszeit. IZA-Tagung zu Erfahrungen in Nachbarländern. Zimmermann warnt vor Aktionismus“, in: **Handelsblatt**, 10-29/30-1999 (*article on IZA workshop on the reduction of working hours*)

“Neue Stellen durch Niedriglohn“, in: **Berliner Morgenpost**, 10-24-1999 (*article on IZA report on the low-wage sector*)

“Lohnzuschüsse im Niedriglohnbereich nur an Arbeitgeber zahlen. IZA-Gutachten: Subventionen an Arbeitnehmer sind ökonomisch sinnlos“, in: **Handelsblatt**, 10-22/23-1999 (*article on IZA report on the low-wage sector*)

“Konjunktur für Dienstleister“, in: **Lebensmittelzeitung**, 10-8-1999 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Job-Maschine Dienstleistungen“, in: **Die Welt**, 9-22-1999 (*article on debis conference and lecture by Klaus F. Zimmermann*)

“Schröder erwartet 150.000 neue Multimedia-Arbeitsplätze bis 2005“, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 9-22-1999 (*article on debis conference and lecture by Klaus F. Zimmermann*)

“Überstunden ohne Wirkung“, in: **General-Anzeiger**, 9-21-1999 (*article on IZA study on overtime work/ IZA Discussion Paper 48*)

“Ermutigend ist das alles gegenwärtig nicht“, in: **Tagesspiegel**, 7. 9. 1999 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Neue Impulse für Arbeit“, in: **General-Anzeiger**, 9-7-1999 (*article on the initiative “Impulse für Arbeit”*)

“Es gibt kein Patent-Rezept gegen Arbeitslosigkeit“, in: **Deutschland-Magazin**, September 1999 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Der Kreativität eine Chance“, in: **Handelsblatt**, 8-30-1999 (*book review by Holger Hinte*)

“Gratisproduktion ist immer problematisch“, in: **Süddeutsche Zeitung**, 8-23-1999 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

IZA-Tagung zu Erfahrungen in Nachbarländern – Zimmermann warnt vor Aktionismus

## Kaum Jobs durch kürzere Arbeitszeit

HANDELSBLATT, 29.10.1999

pt BERLIN. Als Irrweg, auf dem das Ziel zusätzlicher Beschäftigung nicht erreicht werden kann, hat der Direktor des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) Klaus F. Zimmermann eine pauschale Verkürzung der Arbeitszeit bezeichnet. Das Ziel zusätzlicher Beschäftigung könne so nicht erreicht werden. „Und schwärmerische Illusionen und blinker Aktionismus auf diesem Feld helfen uns nicht weiter“, erklärte Zimmermann auf einer Diskussionsrunde des IZA mit Wissenschaftlern aus Frankreich und den Niederlanden.

Auch die deutsche Debatte um einen Abbau von Überstunden zielt ins Leere. Die Zahl bezahlter Überstunden gehe ständig zurück, während die Anzahl der Überstunden, die durch Freizeit ausgeglichen werde, zunehme, erklärte Thomas Bauer vom IZA. Diese Form von Überstunden in Frage zu stellen hieße aber, den Unternehmen eine

Möglichkeit zur Arbeitsflexibilisierung zu nehmen.

Hinzu komme, dass Überstunden von Hochqualifizierten durch die Beschäftigung von Geringqualifizierten nicht zu ersetzen seien. Geringqualifizierte seien aber überwiegend von Arbeitslosigkeit betroffen. Demgegenüber hätten die Unternehmen große Probleme, genügend Fachkräfte zu gewinnen. Nur eine Politik, die sich auf eine Verringerung bezahlter Überstunden von Geringqualifizierten konzentriere, hätte gewisse Erfolgsaussichten meinte Bauer. Die Beschäftigungseffekte wären aber aufgrund von Ausweichreaktionen, Schwarzarbeit und Rationalisierung, begrenzt.

Prof. Francis Kramarz aus Frankreich bezeichnete die französischen Erfahrungen mit der gesetzlichen Reduzierung der Wochenarbeitszeit als eher negativ. Die Herabsetzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 39 Stunden habe sogar das Risiko erhöht, arbeitslos zu

werden. Dies gelte insbesondere für geringqualifizierte Arbeitnehmer. Die bevorstehende Reduzierung der Arbeitszeit in Frankreich per Gesetz auf 35 Stunden werde die Arbeitslosigkeit nicht verringern, sondern vielleicht sogar erhöhen.

Rob Eswaks von der Universität Tilburg in den Niederlanden zog eine kritische Bilanz der Arbeitsumverteilung durch Teilzeitarbeit im Rahmen des Bündnisses für Arbeit in Holland. Er sieht kaum Anhaltspunkte dafür, dass diese Form der Arbeitszeitverkürzung nennenswert zum Rückgang der Arbeitslosigkeit beigetragen habe. Allenfalls 20% der durch vermehrte Teilzeitarbeit freigewordenen Arbeitsstunden habe zur Einstellung von Arbeitslosen geführt. Der überwiegende Anteil der freiwerdenden Arbeitsplätze sei durch technischen Fortschritt, durch Abbau von Überkapazitäten, aber auch durch Mehrfachbeschäftigung von Arbeitnehmern „verbraucht“ worden.



# IZA in the Press and in the Public

“Arbeitsplätze statt Zivildienst”, interview, **Mitteldeutscher Rundfunk**, 8-21-1999 (*Klaus F. Zimmermann*)

“IZA: Arbeitsplatzrisiko Geringqualifizierter steigt deutlich an - Mittelfristig keine Entlastung des Arbeitsmarktes in Sicht”, in: **Handelsblatt**, 8-20-1999 (*article on the IZA study “Ursachen und Wege zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit”*)

“Ganz schön intelligent”, in: **Ruhrwort**, 8-21-1999 (*article on the initiative “Impulse für Arbeit”*)

“Impulse für Arbeit”, in: **Rheinische Post**, 8-18-1999 (*article on the initiative “Impulse für Arbeit”*)

“Beschäftigungsinitiative: Kooperation von Ökonomen und Kirchen”, in: **Handelsblatt**, 8-18-1999 (*article on the initiative “Impulse für Arbeit”*)

“Initiative will Impulse für Arbeit geben”, in: **Neue Rhein Zeitung**, 8-18-1999 (*article on the initiative “Impulse für Arbeit”*)

“Kirchen und Veba: Impulse für Arbeit”, in: **Westdeutsche Allgemeine Zeitung**, 8-18-1999 (*article on the initiative “Impulse für Arbeit”*)

“Studie: Überstundenabbau vernichtet Arbeitsplätze”, in: **Die Welt**, 8-18-1999 (*article on IZA study on overtime work, among other issues/ IZA Discussion Paper 48*)

“Eine Subventionierung des Niedriglohnssektors ist teuer und unproduktiv”, in: **Handelsblatt**, 8-16-1999 (*op-ed piece by Klaus F. Zimmermann*)

“Unkonventionelle Lösungen statt deutscher Schwerfälligkeit”, in: **New Work - Mensch & Büro International**, August 1999 (*talk with Klaus F. Zimmermann*)

“Zivildienst schadet dem Arbeitsmarkt”, in: **Süddeutsche Zeitung**, 8-13-1999 (*op-ed piece by Klaus F. Zimmermann*)

“Das IZA - Konzept und Forschungsprogramm”, interview, **Südwestdeutscher Rundfunk**, 8-11-1999 (*Klaus F. Zimmermann*)

“Überstundenabbau taugt nicht als Allheilmittel”, in: **FOCUS**, 8-2-1999 (*op-ed piece by Klaus F. Zimmermann*)

“Wirtschaftsforschung ja, aber nicht um jeden Preis”, in: **Tagesspiegel**, 7-24-1999 (*including an opinion by Klaus F. Zimmermann*)

“Milchmädchenrechnungen”, in: **die tageszeitung**, 7-23-1999 (*op-ed piece by Klaus F. Zimmermann*)

“Die Nachfrage ist vorhanden”, in: **Sonntag Aktuell**, 7-18-1999 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Zehn Fragen an Klaus F. Zimmermann”, in: **Forum Arbeit**, Verbandszeitschrift der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V., Nr. 2/1999 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Kein Grund zur Beruhigung - Gespräch mit Klaus F. Zimmermann”, in: **Universitas 54**, (1999), Nummer 637 (July 1999), p. 700-707 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Ganz neue Töne. Der Wettbewerb unter den Wirtschaftsforschungsinstituten verschärft sich”, in: **Wirtschaftswoche**, 7-15-1999 (*including an opinion by Klaus F. Zimmermann*)

“SPD-Politiker Beck wünscht Nullrunden für Arbeitnehmer”, in: **General-Anzeiger**, 7-12-1999 (*including an opinion by Holger Hinte*)

“Nächstes Jahr nur 0,7 % mehr Lohn für alle?“, in: **Bild am Sonntag**, 7-11-1999 (*including an opinion by Holger Hinte*)

“Im Wettbewerb um Kapital und kluge Köpfe muß man Signale setzen”, in: **Die Tagespost**, 7-10-1999 (*talk with Klaus F. Zimmermann*)

“Überstunden: wer macht sie warum zu welchen Bedingungen?“, interview, **Norddeutscher Rundfunk**, 7-9-1999 (*Thomas K. Bauer*)

“Überstunde ist nicht gleich Überstunde”, in: **Handelsblatt**, 7-8-1999 (*article on Bündnis für Arbeit and IZA study on overtime work/ IZA Discussion Paper 48*)

Forum: Klaus Zimmermann

## „Zivildienst schadet dem Arbeitsmarkt“

Fehlleitung von Ressourcen / Soziale Dienste brauchen mehr Professionalisierung

Was für eine Diskussion: Die Arbeitslosigkeit verbart auf schwelenden Niveau. Da wird eine Verlagerung von Erwerbsarbeit auf ehrenamtliche Bürgerarbeit angeregt. Die Vorschläge, Bürgern die zu fördern, um die Schaffenskraft der Menschen anzuleiten oder Zeiten von Arbeitslosigkeit einbringend zu füllen, droht uns in eine Sackgasse zu führen. Ein Musterbeispiel dafür ist die Debatte um den Zivildienst. Zivildienstleistungen scheinen unverzichtbar, weil man ihnen nicht viel Geld bezahlen muss. Alternative Kräfte vom Arbeitsmarkt scheinen nicht vorhanden zu sein, weil das Lohnniveau (auch bedingt durch den Zivildienst) niedrig ist. Also müsse, so die Argumentation in den Wohlfahrtvorhaben, nach Bürgerarbeit mobilisiert werden, sollte der Gesetzgeber die Ersatzdienstzeiten herabsetzen.

Kann man wirklich glauben, der Arbeitsmarkt sei gerade hier nicht ergiebig? Bürgerarbeit muss marktfähig gemacht werden, anständige Jobs müssen entstehen. Im Beschäftigungstendenzen Dienstleistungssektor, etwa bei der freien Wohlfahrtspflege - und hier insbesondere im Gesundheitswesen und bei der Alten- und Kinderbetreuung - sind erhebliche Kapazitäten und Monopolisierungen zu beobachten. Sie müssen, wie auch die Monopolkommunisten feststellt hat, aufgebrochen werden, wenn mehr Beschäftigung entstehen soll.

### 90 000 reguläre Arbeitsplätze

Was ist geschehen? Im Zuge der Sparmaßnahmen will das Familienministerium ein Einsparungen von 600 Millionen DM erzielen. Dies soll durch eine Verkleinerung der Dienststellen von 13 auf elf Monate und eine Deckelung der Zahl der Zivildienstleistenden (damit 128 000) auf 124 000 im kommenden Jahr (110 000 im Jahr 2003) sowie eine größere Beteiligung der Dienststellen an den Kosten erreicht werden - etwa 30 Prozent an dem Geldbetrag statt 38 Prozent. Die Träger befürchten deshalb erhebliche Konsequenzen für ihre Arbeit, insbesondere eines Pflegezustand.

Schwierigkeiten werden gesehen, das reguläre Arbeitsmarkt zu mobilisieren, obwohl Mehrkosten beispielsweise auf



Klaus Zimmermann schätzt die volkswirtschaftlichen Kosten des Zivildienstes auf ein Mehrfaches der 20 000 DM pro Jahr, die der Staat für jeden Dienstleistenden aufbringt. Foto: SZ

die Krankenkassen verlagert werden könnten. Es ist fraglich, ob die bisherigen Regelungen so vernünftig sind.

Damit sind gute 55 Prozent der Zivildienstleistenden im Pflegedienst eingesetzt, 13 Prozent leisten handwerkliche Tätigkeiten, acht Prozent erfüllen mobile soziale Dienste, knapp sechs Prozent sind im Rettungswesen tätig, der Rest arbeitet in der Verwaltung oder anderswo. Ohne Frage gibt es hier Spielräume im regulären Arbeitsmarkt. Gerade die krassen Armutsebenen rechtfertigen die Hoffnung, dass auch Problemgruppen gewonnen werden können. Zivildienstleistende sind überwiegend junge, motivierte Abiturienten. Insofern erscheinen die häufig hochgerechneten 90 000 reguläre Arbeitsplätze, die entstehen könnten, nicht so hoch gegriffen.

Die kurze Anlernphase Zivildienstleistender hat aber auch noch eine andere Seite: Investitionen im Humankapital rentieren sich immer weniger, wenn der Dienst weiter verkürzt wird. Es fragt

sich, ob nicht besser das Dauerpersonal besser qualifiziert werden sollte. Grundsätzlich führt der Zivildienst zu einer Fehlleitung gesellschaftlicher Ressourcen. Die jungen Männer könnten rascher ins normale Berufsleben kommen, gemäß ihren Fähigkeiten optimaler eingesetzt werden, dadurch die Beschäftigung auch anders fördern und Sponsoren locken. So sind die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten sicher ein Mehrfaches der 20 000 DM pro Jahr, die der Staat für jeden Dienstleistenden direkt aufbringen muss.

### Ein historischer Beitrag

Die Arbeitslosigkeitstabelle und das Ausbildungs- und Einstellungsverhalten der Dienststellen begründet die Vermutung, dass der Zivildienst eben nicht arbeitsmarktnutral ist, wie es der Gesetzgeber fordert, sondern den Ausbau des Dienstleistungssektors behindert. Die Abschaffung des Dienstes würde nicht nur die bisherigen Träger zur Professionalisierung zwingen, sondern auch den Wettbewerb durch private, gewinnorientierte Träger fördern, der bisher verhindert wird.

Der historische Beitrag des Zivildienstes für die Gesellschaft ist unbestritten. Er ist aber in anderen Zeiten konzipiert worden. Heute herrscht große Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer übersteigt die der Wehrdienstleistenden. Nur ein Teil jedes Jahrganges erfüllt seine Pflichten als Soldat oder im Zivildienst, mit fallender Tendenz. Die Argumente für eine Berufsausschreibung sind angesichts der internationalen Aufgaben an Bedeutung und damit auch eine Konversion des Zivildienstes.

Auch aus Sicht des Arbeitsmarktes ist das richtig. Diese Feststellung entlastet den Staat nicht aus der Pflicht zur Förderung sozialer Dienst. Er kann dies aber besser durch eine neue Wettbewerbsordnung, angemessene Transfers (besonders an die Krankenkassen) und niedrigere indirekte Steuern für soziale Dienste erreichen.

Professor Dr. Klaus Zimmermann lehrt Volkswirtschaft an der Universität Bonn und leitet das Institut Zukunft der Arbeit (IZA).

# IZA in the Press and in the Public

## Überstundenabbau taugt nicht als Allheilmittel

*Umwandlung von Mehrarbeit in neue Jobs nur selten möglich*

von Klaus F. Zimmermann



**KLAUS F. ZIMMERMANN**  
Der 46-jährige designierte  
Präsident des Deutschen  
Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist  
Professor für Wirtschafts-  
wissenschaft an der  
Universität Bonn und  
Direktor des Forschungsinstituts zur Zukunft der  
Arbeit (IZA)

Der Abbau der Überstunden soll – so will es das Bündnis für Arbeit – eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit spielen. Das ist problematisch.

Wie so oft in zentralen wirtschaftlichen Fragen gibt es nur nebulöse Vorstellungen über die Größenordnung des Problems. Zwar geben Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit für 1996 von knapp zwei Milliarden bezahlten Überstunden aus, mit denen rechnerisch über 1,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Berücksichtigt man auch die unbezahlte Mehrarbeit, so könnte das gar die Erwartung auf eine Verdoppelung dieses Arbeitsplatzpotenzials rechtfertigen.

Tatsächlich aber befinden sich die

was jedes Arbeitnehmer im Mittel über das Jahr hinweg geleisteten Überstunden seit Beginn der achtziger Jahre auf einem historischen Tiefpunkt. Die Bedeutung bezahlter Überstunden ist sogar stark rückläufig. Es werden immer mehr Überstunden durch Freizeit wieder ausgeglichen. Sie stellen also in Wirklichkeit ein Instrument der Flexibilisierung dar. So stieg der Anteil der Personen, die ihre Überstunden mit Freizeit kompensierten, von 17 Prozent 1984 auf 28 Prozent 1987, während sich der Anteil der Personen mit bezahlten Überstunden von 39 Prozent auf 30 Prozent reduziert hat. Dies alles deutet darauf hin, dass ein weiterer Überstundenabbau in den Betrieben auf Schwierigkeiten stößt.

Hinzu kommt, dass Arbeitslosigkeit primär ein Problem der gering Qualifizierten ist. Viele Unternehmen suchen hinderndem qualifizierten Arbeitnehmer. Hilfer Qualifizierte darf man eigentlich gar nicht in die Diskussion einbeziehen, da sie zumeist unbezahlte Überstunden leisten oder ihre Mehrarbeit durch Freizeit ausgleichen, Tendenz steigend. Die in ihrer Bedeutung zurückgehenden bezahlten Überstunden leisten vorwiegend gering Qualifizierte.

Verstärkter Überstundenabbau hätte deshalb eine Reihe fataler Konsequenzen. Der Nutzen wäre marginal. Vorübergehend geleistete Überstunden dienen angesichts konjunkturel-

ler und saisonaler Fluktuationen der Produktnachfrage einer Stabilisierung der Beschäftigung. Sie sichern Arbeitsplätze. Unbezahlte Überstunden sind ein Instrument, dem Betrieb durch effektive Lohnkürzungen über eine Krisenphase zu helfen. Sie helfen aber auch mit der wachsenden Zahl von Arbeitsverträgen zu tun, bei denen nicht mehr star nach Anwesenheit, sondern nach der Erfüllung einer Aufgabe bezahlt wird. Die Überstundendebatte orientiert sich zu sehr an aussterbenden Referenzfall des Industriebetriebes.

Ein genereller Abbau birgt noch eine weitere Gefahr: Qualifizierte und gering qualifizierte Arbeitnehmer stehen im Produktionsprozess in einer Komplementaritätsbeziehung und verstärken wechselseitig ihre Produktivität. Ein qualitativer Mangel an Arbeitsleistungen qualifizierter Mitarbeiter würde somit zu einem Rückgang der Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitnehmern führen und über zu einer Verschärfung der bestehenden Beschäftigungsprobleme beitragen.

Beschäftigungsprobleme könnte ein starkes Zurückweichen der Überstunden bei gering qualifizierten Industriebetrieben einzig und allein dann sein, wenn es nicht zur Rationalisierung gewahrt würde. Allerdings will beachtet sein, dass die betroffenen Personen mit niedrigen Einkommen ihre bezahlten Überstunden einkalkulieren, um finanziell über die Runden zu kommen.

Unverkennbar stößt die Diskussion um den Überstundenabbau die Integration der Gewerkschaften in das Bündnis für Arbeit. Wer die Gespräche erfolgreich abschließen möchte, darf dieses Thema deshalb nicht leichtfertig angehen. Das darf jedoch nicht heißen, dass das Konstruktive auf der Strecke bleibt.

Eine Abkehr von starren globalen Arbeitszeitregelungen ist dringend nötig. Wir müssen – abgesehen auf die Notwendigkeiten eines Betriebs oder einer Region – Mehrarbeit für Qualifizierte und Überstundenabbau in den Niedriglohngruppen ermöglichen, etwa durch lokale Bündnisse für Arbeit und mit dem Bewusstseins der Tarifvertragspartner. Wir sollten außerdem das Instrument der Arbeitsentlohnung ausbauen und stärker tarifvertraglich verankern.

“Viele Wunschthemen und wenige Kompromißlinien”, in: **General-Anzeiger**, 7-6-1999 (article on IZA study on overtime work/IZA Discussion Paper 48)

“Überstundenabbau hilft wenig bei der Senkung der Arbeitslosigkeit”, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 7-5-1999 (article on IZA study on overtime work/IZA Discussion Paper 48)

“Eine neue Studie des IZA zur Überstundenproblematik”, **Bayerischer Rundfunk-Fernsehen**, 7-2-1999 (article on IZA study on overtime work/IZA Discussion Paper 48)

“Überstundenabbau: gefährlich”, in: **Capital**, 7/99 (article on IZA study on overtime work/IZA Discussion Paper 48)

“Künftiger DIW-Chef gegen Abbau von Überstunden”, in: **Handelsblatt**, 6-22-1999 (article on IZA study on overtime work/IZA Discussion Paper 48)

“DIW: Überstundenabbau erhöht Arbeitslosigkeit”, in: **Die Welt**, 6-22-1999 (article on IZA study on overtime work/IZA Discussion Paper 48)

“Ein neuer Standort für die Zukunft der Arbeit”, in: **Bonner Universitäts-Nachrichten**, June 1999 (article on IZA reception and opening of the IZA building)

“Job-Maschine USA tickt anders als Europa”, in: **Kölnische Rundschau**, Sonderveröffentlichung zum Weltwirtschaftsgipfel, 6-15-1999 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Gutscheine gegen Arbeitslosigkeit”, in: **Berliner Morgenpost**, 6-12-1999 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Beschäftigungspakt ist eine Enttäuschung”, in: **Kölnische Rundschau**, 6-5-1999 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Die Arbeitsplatzsicherheit wird abnehmen”, **motz - berliner straßenmagazin**, 5-24-1999 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Bonner Beißhemmung”, in: **Rheinischer Merkur**, 5-21-1999 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Viel Arbeit für nichts”, in: **FOCUS**, 5-17-1999 (Klaus F. Zimmermann on the reform of the ‘630 DM jobs’)

“Die Zukunft der Arbeit ist eine Verpflichtung”, in: **General-Anzeiger**, 5-13/14-1999 (article on IZA reception and opening of the IZA building)

“Reizlos”, in: **Die Zeit**, 5-6-1999 (Klaus F. Zimmermann on subsidizing social welfare contributions)

“Moderate Wage Policies Can Work With the Euro”, in: **The Wall Street Journal Europe**, 5-3-1999 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Technische Veränderungen in der Arbeitswelt”, interview, **Bayerischer Rundfunk**, 5-1-1999 (Klaus F. Zimmermann)

“Druck auf den Flächentarif ist gut für die Arbeitslosen”, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 4-30/5-1-1999 (interview with Klaus F. Zimmermann)

“Latente Bedrohung”, in: **Wirtschaftswoche**, 4-22-1999 (Klaus F. Zimmermann on the Euro and the labor market)

“Die Falschen geprügelt”, in: **Wirtschaftswoche**, 4-22-1999 (Klaus F. Zimmermann on the reform of the ‘630 DM jobs’)

“Das Potential der Frauen fördern”, in: **ManagementMail**, April 1999 (Klaus F. Zimmermann on the share of women in top-level positions)

“Fakten, Fakten”, in: **Die Zeit**, 4-5-1999 (article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president)

“Das Profil schärfen”, in: **Wirtschaftswoche**, 4-15-1999 (article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president)

“Neuer DIW-Chef fordert höhere Mehrwertsteuer”, in: **Süddeutsche Zeitung**, 4-15-1999 (Klaus F. Zimmermann on the value-added tax increase)

# IZA in the Press and in the Public

## Ein neuer Standort für die „Zukunft der Arbeit“

IZA zog in Nachbarschaft des Juridicums

Dort, wo die Landesvertretung Bremen über 40 Jahre die Interessen ihres Stadtstaates vertrat, hat das von der Deutschen Post AG gegründete Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) unter seinem Direktor Prof. Dr. Klaus Zimmermann ein neues Domizil bezogen. Am 11. Mai wurden die Räumlichkeiten eingeweiht und gleichzeitig der erste „Geburtstag“ dieser Einrichtung gefeiert.

Dr. Klaus Zimmermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Post AG, bezeichnete es als eine besondere Herausforderung seines Hauses, sich eines der drängendsten gesellschaftspolitischen Probleme dieses Jahrhunderts anzunehmen. Prof. Zimmermann, amtierender Direktor der Deutschen Post AG, mit der Errichtung dieses europäisch und weltweit agierenden Instituts eine Vision umgesetzt zu haben. Bürgermeisterin Dorothee Pöhl-Weingartz unterstrich die Tatsache, daß die Deutsche Post AG

und Telekom schon sehr viel für die Arbeitsplatzentwicklung in Bonn getan haben und die Stadt eine enge Zusammenarbeit mit dem IZA anstrebe.

Die Post AG hat in noch anderer Hinsicht Weidlich bewiesen: Sie unterstützt zusätzlich zur Arbeit des IZA für die Dauer von drei Jahren die Bonn Graduate School of Economics an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Diese erlaubt den daran teilnehmenden Studierenden eine zügige Promotion in Zusammenarbeit mit international renommierten Eliteuniversitäten. Folgerichtig wurde die Universität bei der Einweihung des neuen Hauses stark vertreten. Unter den Gästen und Rednern befanden sich Professor Prof. Dr. Hans-Jürgen Biessack, Dekan Prof. Dr. Peter Scheffeld und Prof. Dr. Urs Schweizer. Sie zeigten sich von dem mit Rheinblick ausgestatteten Haus durchaus beeindruckt und zogen es vor, keine zu starken Vergleiche mit dem Zustand ihrer eigenen Lehrstühle zu ziehen.

Noch mehr als die schöne Lage lobte Prof. Zimmermann, der zugleich eine Professur für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität innehat, die Nähe zum Juridicum mit seiner Infrastruktur. Diese wissen er und seine bisher 15 Mitarbeiter besonders zu schätzen. Es ist zu wünschen, daß Prof. Zimmermann trotz der ihm vor kurzem übertragenen zweiten Aufgabe als Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin regelmäßig auf Bonner Grund und Boden anzutreffen ist. □ *dt/BUM*



Begrüßung im neuen Domizil:  
Prof. Zimmermann (l.) mit  
Bürgermeisterin Pöhl-Weingartz  
und dem Vorstandsvorsitzenden  
der Deutschen Post AG  
Dr. Zimmermann

Fotos: sk

“Bündnisreif - Zimmermanns Vorstoß zur Arbeitslosenhilfe”, in: **Handelsblatt**, 4-15-1999 (*Klaus F. Zimmermann on the reform of unemployment support*)

“Höhere Mehrwertsteuer ein sinnvoller Weg”, in: **Kölnische Rundschau**, 4-14-1999 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Streit über Nachfragepolitik ist längst überholt”, in: **Frankfurter Rundschau**, 4-14-1999 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Es gibt eine Verpflichtung zur Erwerbstätigkeit”, in: **Berliner Zeitung**, 4-14-1999 (*article on Klaus F. Zimmermann*)

“Das DIW wird zum Arbeitsmarkt-Experten”, in: **Tagesspiegel**, 4-14-1999 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Neuer DIW-Chef will Arbeitslosenhilfe abschaffen”, in: **Die Welt**, 4-14-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Arbeitsexperte wird Chef des Berliner DIW”, in: **Kölnischer Stadt-Anzeiger**, 4-13-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“DIW kürt einen neuen Präsidenten”, in: **die tageszeitung**, 4-13-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Zimmermann will auch IZA-Chef bleiben”, in: **General-Anzeiger**, 4-13-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Klaus Zimmermann neuer DIW-Präsident”, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 4-13-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Zimmermann wird neuer DIW-Präsident”, in: **Berliner Zeitung**, 4-13-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Ein Befürworter der Flexibilität”, in: **Berliner Zeitung**, 4-13-1999 (*commentary on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Der neue Präsident des DIW will das wissenschaftliche Profil schärfen”, in: **Süddeutsche Zeitung**, 4-13-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“DIW soll in die ‚Champions League‘ aufsteigen”, in: **Handelsblatt**, 4-13-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Arbeitsexperte wird Chef des Berliner DIW”, in: **Rhein-Sieg-Anzeiger**, 4-13-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Klaus Zimmermann soll neuer Präsident des DIW werden”, in: **Die Welt**, 4-12-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Klaus Zimmermann neuer DIW-Chef”, in: **Tagesspiegel**, 4-12-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Eine gute Lösung für das DIW”, in: **Tagesspiegel**, 4-12-1999 (*commentary on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Neuer DIW-Chef aus Bonn”, in: **Berliner Morgenpost**, 4-12-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Klaus Zimmermann wird neuer DIW-Chef”, in: **Berliner Zeitung**, 4-12-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Zimmermann neuer DIW-Chef”, in: **Handelsblatt**, 4-12-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Klaus Zimmermann wird neuer DIW-Präsident”, in: **Süddeutsche Zeitung**, 4-12-1999 (*article on the nomination of Klaus F. Zimmermann as DIW president*)

“Zukunft der Arbeit: Kapitalismus ohne Arbeit: Schreckgespenst oder Herausforderung?”, interview, **Bayerischer Rundfunk**, 4-12-1999 (*Klaus F. Zimmermann*)

# IZA in the Press and in the Public

“Über die Arbeitszeit in den Betrieben entscheiden”, in: **Handelsblatt**, 4-8-1999 (*talk with Klaus F. Zimmermann*)

“Die Zukunft der Arbeit denken”, in: **BDU Depesche**, 1/1999 (*article on aims and tasks of IZA*)

“IZA: Neue Konzepte für die Zukunft”, in: **Business Club Magazin**, 1/99, p. 36-37 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Die Währungsunion erfordert flexible Löhne. IZA-Tagung zu den Auswirkungen des Euro auf den Arbeitsmarkt”, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 3-25-1999 (*article on IZA workshop on 3-24-1999*)

“Illegale Migration auf dem Vormarsch?”, live interview, **Berlin aktuell**, (private radio station) 3-10-1999 (*IZA Fellow Thomas Straubhaar on the occasion of the IZA Lunchtime Meeting “Illegale Migration”*)

“Eröffnung mit einem Kolloquium”, in: **Bonner Rundschau**, 2-2-1999 (*article on the opening of the Bonn Graduate School of Economics*)

“Union streitet um ihr Konzept für Integration von Ausländern”, in: **Handelsblatt**, 1-13-1999 (*article on IZA’s position on citizenship and labor market*)

“Das IZA will unbequem sein”, in: **vis-à-vis Magazin**, 1/99, p. 13 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Intensives für den Doktor”, in: **vis-à-vis Magazin**, 1/99, p. 9 (*article on the opening of the Bonn Graduate School of Economics*)

## 1998

“Trend Arbeitswelt”, interview, **Südwestdeutscher Rundfunk**, 12-30-1998/transmission 1-1-1999 (*Klaus F. Zimmermann*)

“Punkte für die Einwanderer. Zur Debatte um ein Zuwanderungsgesetz: Nötig ist eine solide, nachvollziehbare Regelung”, in: **Süddeutsche Zeitung**, 12-10-1998 (*op-ed piece by Klaus F. Zimmermann*)

“Was können wir vom Ausland lernen? Auftakt für das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit”, in: **Mittelständische Wirtschaft**, 11/12 1998, p. 4-5 (*article on IZA’s Petersberg conference*)

“Petersberger Erklärung. Mutige Anstöße für eine zukunftsgerichtete Arbeitsmarktpolitik”, in: **Mittelständische Wirtschaft**, 11/12 1998, p. 6-7 (*reprint of: Klaus F. Zimmermann et al., Petersberger Erklärung. Anstöße für eine zukunftsgerichtete Arbeitsmarktpolitik, IZA Discussion Paper 24*)

“Mehr Arbeit schaffen, nicht Arbeit neu verteilen”, in: **General-Anzeiger**, 12-7-1998 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Kann das Bündnis für Arbeit erfolgreich sein?”, interview, **Deutsche Welle**, TV, 12-2-1998 (*Klaus F. Zimmermann*)

“Braucht Deutschland ein Zuwanderungsgesetz?”, live interview, **Bayerischer Rundfunk**, 11-24-1998 (*Thomas K. Bauer*)

“Zahl der Schwarzarbeiter auf fünf Millionen gestiegen”, in: **General-Anzeiger**, 11-19-1998 (*article on IZA research seminar*)

“Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung”, live interview, **Radio Bremen**, 11-18-1998 (*Klaus F. Zimmermann*)

“Kapitalismus ohne Arbeit - Schreckgespenst oder Herausforderung?”, interview, **Bayerischer Rundfunk**, 11-11-1998/transmission 4-12-1999/4-14-1999 (*Klaus F. Zimmermann*)

“Auszeichnung für IZA-Direktor”, in: **General-Anzeiger**, 11-10-1998 (*article on John G. Diefenbaker Award to Klaus F. Zimmermann*)

“Politische Weichenstellungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit”, live interview, **Westdeutscher Rundfunk**, 11-5-1998 (*Klaus F. Zimmermann*)

“IZA startet durch: Die Zukunft der Arbeit denken”, in: **General-Anzeiger**, 11-3-1998 (*article on IZA research seminar*)

“Die Gefahr des Zentralismus”, in: **Capital**, 11/98 (*article on IZA studies on the Euro and the labor market*)

“Die Zukunft der Arbeit im Informationszeitalter”, live interview, **Bayerischer Rundfunk TV**, 10-19-1998 (*Klaus F. Zimmermann*)

“Arbeit und technologischer Wandel”, live interview, **Zweites Deutsches Fernsehen**, 10-19-1998 (*Klaus F. Zimmermann*)

“Das Jobwunder ist möglich”, in: **Handelsblatt**, 10-19-1998 (*article on IZA’s Petersberg conference and the “Petersberg Declaration”/IZA-Discussion Paper 24*)

“Gegen drückende Arbeitsmarkt-Regulierungen”, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 10-19-1998 (*article on the “Petersberg Declaration”/ IZA-Discussion Paper 24*)

“Gesteuerte Zuwanderung gefordert”, in: **Süddeutsche Zeitung**, 10-19-1998 (*article on the “Petersberg Declaration”/IZA Discussion Paper 24*)

“Ökonomen fordern radikale Änderung des Steuersystems”, in: **Berliner Zeitung**, 10-17-1998 (*article on the “Petersberg Declaration”/ IZA Discussion Paper 24*)

“Experten empfehlen indirekte Besteuerung”, in: **Die Welt**, 10-17-1998 (*article on the “Petersberg Declaration”/IZA Discussion Paper 24*)

“Start des Instituts zur Zukunft der Arbeit”, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 10-17-1998 (*article on IZA’s Petersberg conference*)

“Anstöße für die Arbeitsmarktpolitik. Erste Vorschläge des Instituts zur Zukunft der Arbeit”, in: **General-Anzeiger**, 10-17/18-1998 (*article on IZA’s Petersberg conference and the “Petersberg Declaration”/IZA-Discussion Paper 24*)

“Ist Arbeit zu teuer geworden?”, live interview, **Radio Bonn-Rhein-Sieg**, 10-16-1998 (*Klaus F. Zimmermann*)

“Was können wir von anderen Ländern lernen?”, live interview, **Westdeutscher Rundfunk**, 10-16-1998 (*Klaus F. Zimmermann*)

“Anstößiges zur Arbeitsmarktpolitik - die Petersberger Erklärung”, live interview, **Westdeutscher Rundfunk**, 10-16-1998 (*Klaus F. Zimmermann*)

“Lernen vom Modell Holland?”, interview, **Erstes Deutsches Fernsehen**, 10-15-1998 (*Klaus F. Zimmermann*)

“Weg mit der Lohn- und Einkommensteuer”, in: **Tagesspiegel**, 10-15-1998 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Der Abschied vom Staat. Die Zukunft der Arbeit hat schon begonnen”, in: **Behörden Spiegel**, 9/1998, p. 5 (*interview with Klaus F. Zimmermann*)

“Ende der Durststrecke”, in: **Capital**, 7/98 (*article on IZA studies on technology and growth*)

“Ökonomen: Besserer Zugang zu Statistiken”, in: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, 6-23-1998 (*article on a memorandum on the success conditions of empirical economic research/IZA Discussion Paper 14*)

“Ausländerpolitik - Ist die multikulturelle Gesellschaft gescheitert?”, live discussion, **tv münchen**, 6-16-1998 (*Klaus F. Zimmermann*)

“Datenbanken verstärkt für Forscher öffnen”, in: **Handelsblatt**, 6-12-1998 (*article on a memorandum on the success conditions of empirical economic research/IZA Discussion Paper 14*)



# IZA in the Press and in the Public



## IZA startet durch: Die Zukunft der Arbeit denken

Das neue Institut Zukunft der Arbeit (IZA), das auf Initiative der Deutschen Post AG gegründet wurde und eng mit der Universität Bonn kooperiert, startet heute eine öffentliche Seminarreihe, in der international anerkannte Experten über aktuelle Erkenntnisse auf dem Feld der Arbeitsökonomie berichten.

Der Neuseeländer Rainer Winkelmann von der Universität Canterbury spricht um 11.30 Uhr im Uni-Club (Kovviktstraße 6) in englischer Sprache über das Thema „Bildungsmodelle in der Arbeitsmarktökonomie“. Auch die weiteren Vorträge mit anschließender Diskussion werden jeweils dienstags von 11.30 bis 12.30 Uhr stattfinden. Nächste Woche spricht Ovidio Nizza aus Rom über den Übergang von der Ausbildung in den Beruf. Vor dem jeweiligen Vortrag wird um 12 Uhr ein kleiner Imbiß gereicht.

Das IZA, das am 1. Oktober in der Servatiusstraße 83 seine Forschungsstätte aufgenommen hat, soll als gemeinsames GmbH-Projekt und Entwicklungsperspektive der Arbeitsmarktanalysen. Eine besondere Rolle spielt dabei die konkrete Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in praktische wirtschaftspolitische Konzepte. Das Ziel ist ebenfalls: Lösungsgesamtheiten für die Bewältigung der deutschen wie europäischen Massenarbeitslosigkeit zu finden. Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchungen ist die Frage, inwieweit die Politik in der Arbeitswelt der Zukunft überträgt noch als gestaltende Kraft eine Rolle spielen wird, oder ob sie sich zunehmend von ihr autonomieren wird.

Direktor des IZA ist Professor Klaus F. Zimmermann, der zugleich einen Lehrstuhl für Wirtschaftliche Sozialwissenschaften an der Universität Bonn innehat. IZA und Universität sind durch einen Kooperationsvertrag verbunden. In dessen Rahmen das Lehrstuhlgebäude insbesondere für die Graduate School der Wirtschaftswissenschaften abgetrennt und beispielsweise auch IZA-Gastprofessoren in die Lehrstühle der Universität eingebunden werden sollen. (zms)

BESCHÄFTIGUNG / Expertenrat für deutsche Politiker

## Das Jobwunder ist möglich

Das Jobwunder in den USA und in Neuseeland läßt sich nach Deutschland importieren. Es ist alles nur eine Frage des politischen Willens – dies war der Tenor einer hochrangig besetzten Wissenschaftlertagung. Es bleibt die Wahl der richtigen Methode: Konsens oder Konflikt?

KADELERLAGE, Sa./So., 17./18.10.99  
nach Bonn. Deutlich im Regierungsviertel belagert die neue Koalition über Strukturreformen für Deutschland. Kaum zehn Kilometer entfernt, im Gästehaus auf dem Petersberg, hat ein internationales Symposium Lösungen für den Arbeitsmarkt an. Ein neues Institut soll Wissens in der bereits die höchste deutschen Forschungslandschaft schlagen. Mit dem Institut Zukunft der Arbeit (IZA) will die Deutsche Post einen Beitrag zur Bewältigung der Strukturkrise in Deutschland leisten. Post-Chef Klaus Zwickel gratuliert dem von München an die Universität Bonn gelockten Ordinarius Klaus F. Zimmermann schmerzliche Arbeitsbedingungen. Zimmermann gehört als Spezialist für Arbeits- und Erwerbsfragen zum kleinen Klub international renommierter deutscher Ökonomen.

Für die erste Tagung seines neuen Instituts konnte er am Freitag gleich zwei Nobelpreisträger, zahlreiche führende Ökonomen und bewährte Praktiker aus dem In- und Ausland versammeln. Was sie vertragen, entspricht weitgehend dem seit Jahren vorherrschenden Grundpostulat in der deutschen Wirtschaftswissenschaft, die wiederum von wirtschaftspolitischen Verdrehen der neuen Bonner Koalition, SPD-Chef Oskar Lafontaine, unter dem Schlagwort „zweiüber1“ als nicht mehr notwendig verpöndelt werden.

Nobelpreisträger Gary S. Becker sprach vielen Teilnehmern aus dem Inneren, als er die europäische Arbeitslosigkeit aus Sicht der nordamerikanischen Chicago School analysierte. Die Position, daß der technische Fortschritt keine Ausweitung der Arbeitsplätze mehr ermöglicht und deshalb immer weniger Arbeit auf immer mehr Köpfe zu verteilen sei, läßt Becker vehement ab. Statt

dessen machte er als zentrale Probleme des unproduktiven öffentlichen Sektors und die Ineffizienz der Arbeitsmärkte aus.

Oskar Lafontaine war auf dem Petersberg nicht zugegen, und so blieb dem Vorsitzenden der Postgewerkschaft, Karl van Haaren, die Rolle des Opponenten. „Jede Menge Ideologie“ machte er in den vergrätzten Positionen der Wissenschaftler aus. Und der Blick auf die Jobwunder etwa in den USA und Neuseeland mit einer radikalen Deregulierung am Arbeitsmarkt, mit Lohnspreizung und Entmachtung der Gewerkschaften inspirierte ihn nicht. „Die deutschen Arbeitnehmer wollen keinen Rückfall in die Arbeitslosigkeit“, berichtigte er aus seinem Gewerkschaftstag. Die Argumente der Ökonomen verpackte er als Produkte eines Lebens in Elitenbüros und forderte „endlich produktive Verschlüsse“. Dann widersprach Manfred J.M. Neumann, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium: „Den Elfenbeintürmen gilt es nicht. Wir machen unsere Verschlüsse, nur sind sie politisch nicht gemacht. Das ist nur nicht unser Problem.“

Konflikt oder Konsens – das bildet die große Frage beim Politik-Handlung. Auf das Modell Niederlande setzen Gewerkschaftsführer ebenso wie ILO-Präsident Hans-Graf Henkel, doch machte Gewerkschaftspräsident Ludewig de Waal, einer der Mitgestalter des niederländischen Modells, auch die besondere Charakteristika dieses Ansatzes klar: In Jahren getriebenen Verzweigen zwischen dem Pariser, zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften. Daß der Gewerkschaftsbeißer jedoch täglich Kontakt mit dem Arbeitsmarktgeheimnis hält, der Anspruch sich bis ins Private verfestigt, wie in Deutschland wohl unvorstellbar.

## Gegen drückende Arbeitsmarkt-Regulierungen

Ökonomen erörtern Beschäftigung / Gutscheine über Lohnkostenzuschüsse

StG. KÖNIGSWINTER, 18. Oktober. Die Wirtschaftswissenschaft kann für die Lösung des drängenden Problems Arbeitslosigkeit mehr tun, als den Festschlagsrichtiger bekannt ist. Dieser Überzeugung gab Klaus Zimmermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Fort AG, auf einer internationalen Fachtagung zur Beschäftigungspolitik Ausdruck. Das von dem Unternehmen ins Leben gerufene neue Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn sieht mit dem hochkarätig besetzten Symposium seine wissenschaftliche Arbeit an.

Wissenschaftler und Politiker schilderten die politischen Ansätze, die in den Vereinigten Staaten, dem Niederlande, Schweden und Norwegen zu Beschäftigungserfolgen geführt haben. Nobelpreisträger Gary Becker von der University of Chicago wendete sich gegen die These, daß der technische Fortschritt keine Anpassung der Beschäftigung zulasse und deshalb immer weniger Arbeit auf immer mehr Köpfe zu verteilen sei. Becker sieht das Problem Europas in der hohen Absorption von Beschäftigung in unproduktiven öffentlichen Sektor und in der Inflexibilität der Arbeitsmärkte. Zugleich äußert der Ökonom Zweifel, ob die sozialistischen Länder die Kraft aufbringen, das Übermaß an Regulierung abzubauen.

Klaus F. Zimmermann, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Bonn und wissenschaftlicher Direktor des IZA, erklärte voraus, daß die Lage am Arbeitsmarkt zumindest in Westeuropa nicht besser sei als elf Jahrzehnte. Bei vergleichbarer Maßkonsumption liege die Arbeitslosigkeit nicht höher als in den Vergleichsländern. Von einer guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sei aber ebenfalls ein Abbau eines Drittels der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Eine diesbezügliche Bemerkung können nur eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und niedrigere Dienstleistungen bringen. Deutschland kann nach Ansicht Zimmermanns nicht einfach einen westlichen Ansatz kopieren. Die unterschiedlichen Traditionen dürften nicht vernachlässigt werden. Im Vergleich zwischen dem Konsummodell Amerika und der eher auf sozialen Konsum basierenden Politik der Niederlande werde Deutschland wohl mehr an der Lösung des Nachbarlands liegen. Diese bestehe aber nicht nur in der Umverteilung von Beschäftigung durch diverse Formen der Teilzeitarbeit, sie beste auch jährliche Lohnrückzahlung voran.

Zusammen mit dem Ökonomen Michael C. Basu und Kai Conrad (Berlin), mit Friedrich Schneider (Linz), Jürgen von Hagen (Bonn) und Gert G. Wagner aus

Frankfurt (Oder) legte Zimmermann in seiner „Petersberger Erklärung“ Themen zur Arbeitsmarktpolitik vor. „Statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, muß die Aufhebung einer Tätigkeit systematisch incentiviert werden“, heißt es in dem Papier. Grundsätzlich solle nur staatliche Unterstützung erhalten, wer nach einer Tätigkeit aufhört. Die Ökonomen empfehlen die Vergabe von Gutscheinen an Arbeitslose. Die Gutscheine könnten Unternehmen, die Erwerbslose einstellen, beim Staat gegen einen Lohnkostenzuschuß einlösen. Dies würde in Großbritannien und Australien diskutiert, sagte Zimmermann. Der Wert des vergewohnten Ökonomen könne sich um Umfang der Weiterbildung des Arbeitslosen orientieren. Ein gezieltes Training der Erwerbslosen sei besser als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Zu den weiteren Vorschlägen gehört eine schrittweise Abkehr von der direkten Besteuerung der Einkommen. „Der deutsche Wohlfahrtsstaat ist gravierendes Finanzierungsproblem gegenüber, aber er ist nicht per se die Ursache von Arbeitslosigkeit“, heißt es weiter. Die Ökonomen wenden sich gegen eine strikte Beschränkung sozialstaatlicher Leistungen. Notwendig seien Reformen, die Verrichtung, höhere Zahlungsfähigkeit der Umverteilung und Anreize zur Übernahme von Risiken mit sich brächten. Ehrenamtliche Bürgerarbeit sei kein Ausweg aus der Arbeitslosigkeit. Vielmehr könnten Dienstleistungen in der Wohlfahrtspflege und im Gesundheitswesen marktfähig gemacht werden. Die Wirtschaftswissenschaftler lehnen eine Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes von Zuwanderung ab. In Arbeitsbeschäftigung, in denen Bedarf besteht, könne eine kontrollierte Öffnung der deutschen Volkswirtschaft nur nutzen.

## Anstöße für die Arbeitsmarktpolitik

Erste Vorschläge des „Instituts für die Zukunft der Arbeit“

Von Angela Beckmann

Bonn/Königswinter. Die dringenden Arbeitsmarktprobleme von der wissenschaftlichen Seite her anzugehen, das ist Aufgabe des „Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit“ (IZA). Mit dem Blick ins Ausland und einer „Petersberger Erklärung“ mit zum Teil radikalen Ansätzen zur Arbeitsmarktpolitik stellte sich das neue Bonner Institut gestern der Öffentlichkeit vor.

Die Modelle für die Beschäftigungspolitik in den USA, den Niederlanden, Schweden und Norwegen und ihre mögliche Übertragbarkeit auf Deutschland standen im Mittelpunkt des ersten IZA-Symposiums auf dem Petersberg. Internationaler Wissenschaftler und weiterer Praktiker wie die frühere norwegische Finanzministerin Ruth Richardson trugen zu Bestandesaufnahme und Analyse bei.

Nobelpreisträger Professor Gary Becker (Chicago) etwa führt die Position ab, daß der technische Fortschritt keine Anpassung der Arbeitsplätze mehr ermöglicht. Eines der Probleme Europas sei vielmehr die Inflexibilität der Arbeitsmärkte. Die amerikanischen Erfolge auf dem Arbeitsmarkt werden von einem starken Lohnsteuern und wachsender Armut begleitet. Das schwedische Modell hält am Wohlfahrtsstaat fest, doch dessen Übermäßiger Ausbau bringt auch die Probleme. Die Niederländer setzen auf Konsum, wobei ihre Erfolge weitgehend durch Umverteilung von Vollzeitarbeit auf Teilzeitarbeit erreicht

wurden. Der „Königsweg“ gibt es nicht, weiß auch Arbeitsökonom Professor Klaus Zimmermann, Direktor des IZA. Doch er sieht hier, daß eine diesbezügliche Bemerkung auf dem deutschen Arbeitsmarkt nur durch Flexibilisierung und die Entwicklung beschäftigungsbereitscher Dienstleistungen im Niedriglohnbereich erwartet werden könne.

Hemmende Strukturen, zu wenig Mobilität und zu viel Inflexibilität sind weitere Faktoren, an denen der Arbeitsmarkt leidet. Für Zimmermann sind aber weitere Wissenschaftler Ansatz, wie der „Petersberger Erklärung“ Anstöße für eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik zu geben. Zu den sechs genannten Punkten gehört die Abkehr von der direkten Besteuerung, das heißt keine Steuer mehr auf das Einkommen, dafür aber mehr indirekte Steuern. Inwieweit der Wohlfahrtsstaatliche Ansatz zur Umverteilung von Risiken zu verdrängen schlägt die sechs Professoren ebenso vor wie eine Politik der kontrollierten Öffnung bestehender Arbeitsmarktwerte für Zuwanderer.

Vorschlägen als konkreter Beitrag zur Fundierung der Arbeitslosigkeit ist das erhellte Ziel des IZA“, sagte Klaus Zimmermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Fort. Die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse gehört dazu. Die Deutsche Post ist der Sponsor des IZA, abgewertet als postales Guthaben und teilweise unabhängig. Jährlich fünf Millionen Mark soll es sich das Wissenschaftsinstitut in Gestalt des IZA kosten. Als Nebenberuflichkeit werden mit dem Institut einige neue Arbeitsplätze für Bonn geschaffen, etwa 18 feste Mitarbeiter werden es auf lange Sicht sein.

# IZA in the Press and in the Public

Neues Institut mit Sitz in der Bundesstadt

## Post will der Arbeit eine Zukunft geben

ups Bonn. Das auf Initiative der Deutschen Post neugegründete „Institut Zukunft der Arbeit (IZA)“ wird als gemeinnützige Gesellschaft in Bonn seine Arbeit aufnehmen. Das Institut analysiert die Probleme und Entwicklungsperspektiven der Arbeitswelt und soll bei der Erforschung der Arbeitsmärkte als Mittler zwischen Wissenschaft, Politik und wirtschaftlicher Praxis fungieren. Die Deutsche Post konzentriert ihre diversen Sponsoring-Aktivitäten auf das IZA in Verbindung mit der Universität Bonn. Präsident und Vorsitzender des Beirats ist der Vorstandsvorsitzende der Post AG, Dr. Klaus Zumwinkel. Mit der wissenschaftlichen Leitung und dem Aufbau des Instituts ist Professor Dr. Klaus F. Zimmermann, Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Uni München und Direktor des dortigen Forschungszentrums „Human Resources SELAPO“, betraut.

Erklärtes Ziel der nationalen und international ausgerichteten Forschungstätigkeit des neuen Instituts ist ein konkreter Beitrag zur Reduzierung des drängenden Problems der Arbeitslosigkeit. Zu diesem Zweck werden feste Mitarbeiter, externe Wissenschaftler und nationale und internationale „Research-Fellows“ Forschungsprojekte auf allen Gebieten der Arbeitsökonomie und Arbeitsmarktpolitik betreiben; dabei wird die konkrete Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in

praktikable wirtschaftspolitische Konzepte zu den zentralen Aufgaben des Instituts gehören.

Professor Zimmermann hat im Zusammenhang mit seiner künftigen Arbeit als IZA-Direktor zum 1. April einen Ruf an die volkswirtschaftliche Fakultät der Uni Bonn angenommen. Der renommierte Wissenschaftler gehört zu den profiliertesten Arbeitsökonomien und hat sich durch zahlreiche Publikationen, Tätigkeiten im Wissenschaftsmanagement und in der Politikberatung einen Namen gemacht. Zu den Schwerpunkten seiner Forschung an deutschen wie auch ausländischen Universitäten gehören die Themen Ursachen der Arbeitslosigkeit, Lohnbildung, Flexibilität und Mobilität, Alterung, Familie sowie technischer Fortschritt und Beschäftigung.

Zimmermann ist Mitglied des Leitungsgremiums des Londoner „Centre für Economic Policy Research“, eines weltweit operierenden Zentrums für europäische Wirtschaftspolitik. Wissenschaftlich beratend war er regelmäßig für die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag, das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Weltbank tätig. Zimmermann will in enger Kooperation mit der Bonner Universität eine optimale, anwendungsorientierte Grundlagenforschung betreiben und die Befunde dieser Forschung einer breiten Öffentlichkeit vermitteln.

“Das Institut zur Zukunft der Arbeit“, interview, [Deutschlandfunk](#), 4-9-1998 (Klaus F. Zimmermann)

“Forscher sucht neue Arbeit“, in: [Welt am Sonntag](#), 4-5-1998 (article on IZA director Klaus F. Zimmermann)

